

# Der Gesellschaftler

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den meisterten Beilagen „Ferienstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Biode vom Lager“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Dorgis-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Neblamzelle 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kupfer- und Kupfer-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bezw. 20 Pfg. Zustelgebühren, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Zustelgebühren, zusätzl. 20 Pfg. Beleggeb. Einzelnummern, 10 Pfg. Schriftleitg., Druck und Verlag: G. W. Zoller (Inb. N. Zoller), Nagold

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postf. No. Stuttgart 6118

Nr. 32

Gegründet 1827

Mittwoch, den 8. Februar 1933

Vertriebspreis 20.

107. Jahrgang

### Der Kampf um Preußen

Seit dem Volksbegehren auf Landtagsauflösung vom August 1931 wird ein erbitterter Kampf um Preußen zwischen der Weimarer Koalition und der Rechten geführt. Die Koalition mußte zwar Stück um Stück aufgeben, aber selbst nach ihrer Wahlniederlage am 24. April v. J. behauptete sie sich mit Hilfe der bekannten Venderung der Geschäftsordnung vom 12. April v. J., wonach zur Wahl des preussischen Ministerpräsidenten nicht mehr wie bisher eine relative Mehrheit, also die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl, notwendig sei, sondern die absolute Mehrheit, also die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen überhaupt. Diese Venderung, deren Gültigkeit von der Rechtsopposition als unerlaubter Kniff bestritten wurde, hat im ganzen weiteren Kampf um Preußen die ausschlaggebende Rolle gespielt; denn die Rechtsparteien erhielten nicht die absolute Mehrheit, und so gelang es der Regierung Braun, obwohl sie eine Nichtvertrauensklärung erhalten hatte, als „geschäftsführende Regierung“ weiter im Amt zu bleiben. Das Reich hat dann in den Kampf eingegriffen und die geschäftsführende Regierung Braun durch die Notverordnung vom 20. Juli zunächst beseitigt. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober wurde die Verordnung zum Teil aufgehoben, und die Weimarer Regierung kehrte als „Hohheitsregierung“ wieder. Das Gerichtsurteil hat seinerzeit Aufsehen gemacht, weil es die Staatsnotwendigkeiten gänzlich außer acht gelassen und sich nur streng an den Buchstaben des Verfassungsrechts gehalten habe. Jedenfalls kam der Dualismus Reich-Preußen nun erst recht in Blüte. In der Folgezeit entwickelte sich zwischen der Hohheitsregierung und dem Reichskommissar für Preußen ein konkurrierendes Nebeneinander, und Gegeneinanderwirken, das oft absonderliche Formen annahm. Man erinnert sich noch, daß z. B. Reichskommissar und Hohheitsregierung in einem Wettbewerb miteinander Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag die preussische Staatsmedaille überreichten. Was sich aber hinter den Kulissen in den preussischen Amtszimmern abspielte, war noch schlimmer. Um die Aufstellung des Haushaltsplans stritten sich beide Regierungen, und wenn jetzt die neue vom 6. Februar nicht gekommen wäre, so wären dem preussischen Landtag wahrscheinlich zwei Haushaltspläne vorgelegt worden. Gnadengefühe wurden monatelang hingeschleppt, weil sowohl der Reichskommissar wie die alte Regierung sich für zuständig hielten und die Affen dauernd zwischen den beiden Regierungen hin und her geschoben wurden.

Der Staatsgerichtshof hat seinerzeit gesagt, es liege nur beim preussischen Landtag durch die Bildung einer neuen Regierung dem unerträglichen Dualismus ein Ende zu machen. Das war aber leichter gesagt als getan, denn die Rechtsparteien verfügten nicht über die absolute Mehrheit, und zwischen Nationalsozialisten und Zentrum kam eine Einigung nicht zustande. Daher kam der Plan, es wie im Reich, mit einem neuen Parlament in Preußen zu versuchen, und so kam es zu dem zweiten Eingreifen des Reichspräsidenten in Preußen und zur Auflösung des Landtags.

Wie schon beim ersten Eingreifen muß man die politische und die juristische Seite auseinanderhalten. Daß der Dualismus nicht weiter bestehen kann, daß also das Eingreifen politisch gerechtfertigt ist, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Die juristische Seite der Frage ist nicht so ganz klar. Die Notverordnung liegt in ihrer juristischen Begründung mehr Gewicht auf den Nachweis der Unhaltbarkeit des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober als auf den staatsrechtlichen Nachweis, daß ein Eingreifen des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 geboten gewesen sei. Ministerpräsident Braun hat aufs neue den Staatsgerichtshof angerufen, und es bleibt abzuwarten, ob der Staatsgerichtshof Brauns Widerspruch gegen eine Auflösung im Dreimännerkollegium als einen Verstoß Preußens gegen die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten (Artikel 48 Abs. 1) gelten lassen wird. Man kann sich auf einen neuen langwierigen Prozeß gefaßt machen. Endgültig wird der Kampf aber erst durch die Wahlen vom 5. März entschieden.

unmöglich eine Pflichtverletzung aus der Ausführung des Staatsgerichtshofurteils und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November unterstellen wollen. Der Regierung liegt daran, daß das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in öffentlicher mündlicher Verhandlung durchgeführt werde.

Die 16 Seiten Klage und 58 Seiten Briefwechsel umfassende Schrift ist am Dienstag vormittag im Staatsgerichtshof in Leipzig übergeben worden. Der Klageantrag lautet: „Die auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang und ist daher ungültig.“

**Zentrum gegen die Preußen-Maßnahmen**

Berlin, 7. Febr. In Zentrumstreifen wird erklärt, das Zentrum sei der Meinung, daß das jüngste Vorhaben gegen Preußen nicht der Verfassung entspreche. Die Zentrumspartei werde diese Auffassung in einer Kundmachung näher darlegen und sich dabei auf das Gutachten einer staatsrechtlichen Autorität stützen. Im Ständigen Ausschuss des preussischen Landtags werde das Zentrum gleichfalls eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die neue Verordnung darlegen und sich bei der Abstimmung wohl der Stimme enthalten. Was die neue Klage beim Staatsgerichtshof anlangt, so habe das Zentrum bisher nicht vorzusehen, sich an dem Streitoberfahren zu beteiligen. Sobald der Ministerpräsident mit seiner Klage durchdringe, sei in der Aufschlußsitzung des Dreimännerkollegiums ohnehin zurückzuziehen.

Die Haltung der Sozialdemokraten und der Kommunisten dürfte in diesen Fragen eine ähnliche sein.

### Neue Nachrichten

#### Der König von Dänemark beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. Febr. Der König von Dänemark, der sich heute auf der Durchreise nach Cannes (Südfrankreich) in Berlin aufhielt, stattete dem Herrn Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab. Anschließend nahmen der König und die Königin beim Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath das Frühstück ein.

#### Länderkonferenz?

Berlin, 7. Febr. Die bayerische Staatsregierung hat sich wegen der jüngsten Maßnahmen gegenüber Preußen mit dem Reichsinnenminister Dr. Fricke in Verbindung gesetzt unter Hinweis vor allem auf die veränderte Sachlage im Reichsrat. Die bayerische Regierung soll an ihrem vor dem Staatsgerichtshof vertretenen Standpunkt festhalten, es sei unmöglich, daß Mitglieder des Reichsrats in ihrer Eigenschaft als Reichskommissare oder Landesorgane im Reichsrat mitwirken. Wie verlautet, hat der Reichsinnenminister die Absicht, zu Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche eine Länderkonferenz nach Berlin einzuberufen. Vom Ergebnis dieser Besprechung wird die weitere Arbeit im Reichsrat wesentlich abhängen. Eine Entscheidung darüber, ob Bayern sich der preussischen Klage vor dem Staatsgerichtshof wieder anschließt, ist noch nicht gefallen.

#### Göring an die preussische Beamenschaft

Berlin, 7. Febr. Der Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, hat folgenden Erlaß an die Beamten gerichtet: Ich erlaube die preussische Beamenschaft und fordere sie auf, getreu den Idealen altpreussischen Beamtensinns Preußen wieder zum Hort der Sauberkeit, Sparsamkeit und hingebenden Pflichterfüllung zu machen. Es besteht kein Grund zur Beunruhigung in der Beamenschaft über ihre wirtschaftliche und berufliche Zukunft. Wenn sie in diesem Sinne mit mir ehrlich und nach besten Kräften am Wiederaufbau des Vaterlandes zu arbeiten gewillt ist, wird sie an mir stets einen entchiedenen Förderer ihrer Interessen haben. Wenn es allerdings Beamte geben sollte, die nicht glauben, mit dem Schiff, dessen Steuer ich in die Hand genommen habe, in anderer Richtung fahren zu können, so erwarte ich von ihnen, daß sie als ehrliche Männer schon vor Austritt der Fahrt aus meiner Gefolgschaft ausscheiden.

#### Heberwahrungsausschuß vertagt

Berlin, 7. Febr. Als der Reichstagsausschuß für Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft heute vormittag unter Vorsitz des Abgeordneten Löbe (Soz.) zusammentrat, erklärte der stellv. Vorsitzende Abg. Dr. Frank (Soz.), seine Fraktionsfreunde werden die Ausschusssitzung unter dem Vorsitz Löbes unmöglich machen, da Löbe in Wahlkampf in Bode Diller in unzulässiger Weise beschimpft habe. Er

### Tagespiegel

Reichskanzler Hilfer ist am Dienstag vormittag mit Flugzeug wieder von München in Berlin eingetroffen.

Staatssekretär a. D. Dr. Bredow hat sein Rücktrittsgesuch als Rundfunkkommissar des Reichspostministers eingereicht.

Die auf Donnerstag einberufene Sitzung des Reichsrats, in der der Reichskommissar zum ersten Mal das Land Preußen zu vertreten gehabt hätte, ist abgefallen worden. Die Einberufung der nächsten Sitzung wird wahrscheinlich von der Stellungnahme der übrigen Länder zu der neuen Lage in Preußen abhängen.

Landtagspräsident Kertl hat die vom Zentrum und Sozialdemokratie beantragte Einberufung des Verfassungskonvents des preussischen Landtags abgelehnt.

Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Baden, Abg. Köhler, verlangt in einem Schreiben an das Staatsministerium auf Grund der Dietramszeller Sparnotverordnung vom August 1931 die Auflösung des Landtags und Neuwahlen für 5. März. In einem weiteren Schreiben an den Staatspräsidenten wird die Wiederanstellung aller Beamten gefordert, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP in Baden entlassen worden sind.

Der sippische Landtag hat zu Mitgliedern der Landesregierung die nat.-soz. Abgeordneten Dr. Krause, Adolf Hedderwille und Landwirt Köpper, zum Landtagspräsidenten den Abg. Helms (Nat.-Soz.) und zum Vizepräsidenten Linne (Soz.) gewählt.

Auch am Montag und Dienstag waren in verschiedenen Städten Deutschlands wieder politische Bluttaten mit Todesfolge oder schweren Verletzungen zu verzeichnen.

In Münster (Westf.) mußte ein Vortrag des Professors Heimann-Hamburg über sozialistische Planwirtschaft wegen Lärms abgebrochen werden.

Der frühere ungarische Abgeordnete, Kammerpräsident und Minister Graf Albert Apponyi ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er war eine der markantesten politischen Persönlichkeiten der neueren Geschichte. Der Tod hat in ganz Ungarn tiefe Trauer hervorgerufen. Im hauptstädtischen Ausschuss der Genfer Abrüstungskonferenz wurde eine Trauerkundgebung veranstaltet.

Der Neunjahres-Ausschuß für den chinesisch-japanischen Streit ist nach den langen Beratungen plötzlich wieder zu dem Ausweg gekommen, der Völkerbundsversammlung die Annahme des durch die Tarifachen längst überholten Eastonberichts zu empfehlen. Dieses Ansuchen dürfte den Verzicht auf eine sachliche und die Befriedigung auf eine rein formale Lösung des Streits bedeuten. Dazu hätte man eigentlich den Neunjahres- und den Neuner-Ausschuß nicht gebraucht. Aber es sind nun doch wieder ein paar hunderttausend Mark mit zweifachen Sitzungen, Redereien, Reisen usw. verpulvert; der Völkerbund wird mit diesem „Erfolg“ zufrieden sein.

Der holländische Minister für Landesverteidigung hat die Verbreitung und das Halten sozialistischer Blätter in Heer und Marine verboten.

Der amerikanische Senat hat einer 10prozentigen Kürzung der mehr als 1000 Dollar jährlich betragenden Militärgehälter zugestimmt.

beantrage Unterbrechung, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen. In dem folgenden Vorn konnte Löbe nicht mehr zu Wort kommen; er unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde, die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder kehrten aber danach mit Ausnahme des Abg. Torgler nicht mehr in das Ausschusssitzung zurück. Abg. Dr. Frank vertagte darauf den Ausschuss auf unbestimmte Zeit.

#### Beisitzer Löbes

Berlin, 7. Februar. Abg. Löbe hat in einem Schreiben dem Reichstagspräsidenten Göring mitgeteilt, die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Volkswirtschaft hätten unter Führung des Abg. Frank 2 durch ununterbrochenes Schreiben, Beschimpfung des Vorsitzenden und Drohung mit Gewalt verhindert, daß der Ausschuss in seine Beratungen eintreten konnte. Sie hätten ferner gedroht, jede neue Sitzung des Ausschusses unter Löbes Vorsitz mit Gewalt unmöglich zu machen. Er bitte Göring auf Grund seiner präsidialen Befugnisse dafür zu sorgen, daß Löbe die Wiederaufnahme der Beratungen in einer neuen Sitzung durchführen könne.

Wie verlautet, beabsichtigt Abg. Löbe, den Ausschuss für Mittwoch einzuberufen.

#### Die Klageschrift der Regierung Braun

Berlin, 7. Februar. Die Klageschrift der Regierung Braun fordert, der Staatsgerichtshof möge feststellen, daß die neue Preußenverordnung aufzuheben sei, weil sie weder mit der Reichsverfassung noch mit dem Staatsgerichtshofurteil vom 25. Oktober in Einklang stehe. Die preussische Regierung habe sich auf den Boden der Staatsgerichtshofentscheidung gestellt, unbeschadet der Ansicht, daß auch das erste Staatsgerichtshofurteil Preußen nicht in allen Punkten gerecht geworden sei. Wenn das Reich behaupte, Preußen habe durch das Verlangen, der Staatsregierung Aktien und Beamte zur Verfügung zu stellen, Verwirrung in das Staatsleben gebracht, so sei das zurückzuweisen. Die Regierung Braun sei noch sehr sparsam mit ihren Befugnissen umgegangen und man könne ihr





### Entschliebung der nationalsozialistischen Journalisten

Berlin, 7. Februar. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht eine Entschliebung der Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten, die dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Reichsministern des Innern und der Justiz telegraphisch übermittelt worden ist. Die Reichsarbeitsgemeinschaft begrüßt in ihrer Entschliebung die Verordnung zum Schutz des deutschen Volks und wendet sich dann sehr scharf gegen die Erklärung des Reichsverbands der Deutschen Presse, dem sie das Recht abspricht, namens der deutschen Presse gegen die Verordnung zu protestieren.

#### Die Verwendung Brandenburgs

Berlin, 7. Februar. Nachdem Reichskommissar Göring die Leitung der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium übernommen hat, wird der bisherige Leiter, Ministerialdirektor Brandenburg, der zurzeit als Sachverständiger bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen tätig ist, nicht mehr in die Verwaltung zurückkehren. Ueber seine weitere Verwendung ist noch keine Entscheidung getroffen.

#### Boje — Bode

Berlin, 7. Februar. Für Herrn von Boje, der als Oberregierungsrat die Leitung der preussischen Pressestelle übernommen hat, ist der nationalsozialistische Journalist Bode in die Presseabteilung der Reichsregierung eingetreten. Er war bisher Vertreter des Scherl-Verlags in München.

#### Verbot kommunistischer Versammlungen in Wien

Wien, 7. Febr. Die für heute abend von der kommunistischen Partei wegen der Vorgänge in Deutschland angemeldeten Versammlungen unter freiem Himmel und die Anmärdche zu einer Versammlung im Dreheraal mit dem Thema „Gegen den Faschismus!“ sind von der Polizeidirektion aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten worden.

### Deutschland zur Abrüstungsfrage

London, 7. Febr. Der Berliner Reuter-Berichtsfalter erzählt von maßgebender deutscher Seite, die Haltung der jetzigen Reichsregierung zu Abrüstung und Gleichberechtigung sei genau dieselbe wie die der Regierung Schleicher. Das Maß der allgemeinen Abrüstung zu bestimmen, sei Sache der hart bewaffneten Staaten, die dafür auch die Verantwortung tragen. Deutschland verlange Gleichberechtigung. Um so besser, wenn dann die allgemeine Abrüstung eine Vermehrung der deutschen Waffen unnötig mache. — Der Berichtsfalter hat bei diese Erklärung keine dahin ausgelegt werden, daß die Regierung Hitler in Genf mit allen Mitteln auf allgemeine Rüstung und auf Befestigung der Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten militärischen Beschränkungen dringen werde. Sollte eine allgemeine Abrüstung beschlossen werden, die noch unter dem Deutschland jetzt auferlegten Stand liege, kann bei Deutschland bereit, entsprechend noch weiter abzurufen. Sollte die Abrüstungskonferenz jedoch versagen, so werde Deutschland freie Hand haben, das Notwendige zu tun, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten.

### Belagerungszustand in Niederl.-Indien?

Saag, 7. Febr. Der Regierung ist bekannt, daß die Reutereien in der Kolonial-Marine auf die Auftriegelungen des kommunistischen Anführers A. de Rom zurückzuführen sind, der bei einer Rundreise am 2. Februar verhaftet wurde. Der Fehler wird darin gesehen, daß innerhalb der holländischen Kriegsmarine Gewerkschaftsvereinigungen bestehen, während sie im Lande verboten sind. Die malaisischen Matrosen besonders galten schon lange als unzuverlässig. Aber auch in dem europäischen Arienshafen in den Helder wurden kürzlich massenhaft Flugblätter für die Weltrevolution verbreitet. Gestern abend trat das ganze Kabinett zu einer Beratung zusammen. Der frühere Ministerpräsident Dr. Colijn trat für rücksichtsloses Durchgreifen ein. Das Reutererschiff „De Joven Provincien“ solle torpediert und dann die Marine von allen unzuver-

lässigen Elementen gereinigt werden. In Surinam, wohin das Schiff inzwischen den Kurs gelehrt hat, sind neue Dienstverweigerungen und Verhaftungen erfolgt. Die Regierung wird nötigenfalls über die indischen Kolonien den Belagerungszustand verhängen.

Die „Joven Provincien“ wird von dem schnellen Kreuzer „Java“, zwei Torpedojägern, einem Minenlegererschiff und drei Dornier-Wassflugzeugen verfolgt.

#### Japanische Rundgebung für Austritt aus dem Völkerbund

Tokio, 7. Februar. Eine von 5000 Personen besuchte Massenversammlung, die vom Nationalverband der politischen Parteien einberufen war, hat in einer Entschliebung den sofortigen Austritt Japans aus dem Völkerbund gefordert. Der Völkerbund wird aufs schärfste angegriffen. Er habe nicht allein Mangel an ernsthaftem Willen bewiesen, sondern auch den Fernen Osten in Verwirrung gebracht, indem er den chinesischen Boykott rechtfertigte u. d. sich weigerte, die Unabhängigkeit der Mandschurien anzuerkennen.

### Zum Wahlkampf

Die Christlich-deutsche Bewegung, südd. Zweig, Glaubensbewegung, hat an den Reichspräsidenten, Reichskanzler Hitler und an das Reichskabinett folgende Telegramme gerichtet:

#### An Hindenburg:

„Hoch Dank gegen Gottes Führung, durch die Ihr gegnetes Werk in Krieg und schwerer Nachkriegszeit seine Krönung erfährt, grüßen wir vom Süden des Reichs in Liebe und Ehrfurcht. Wir glauben zuversichtlich, daß der 30. Januar als Markstein in der Geschichte unseres Volks dastehen wird. Ein gewaltiger Aufbruch der Nation hat begonnen. Noch ist der Kampf schwer. Aber es gibt für uns nur noch ein Vordrängen im Namen des lebendigen Gottes!“

An Hitler: „Tief ergriffen von dieser Wendung durch Gottes Fügung wie von Ihrem Aufstuf an die deutsche Nation können wir nicht anders als Ihnen herzlich danken für Ihren Heldenkampf bis anher, den Gott sichtbar gesegnet hat, so daß jetzt auch viele Aaghafte und Zweifler Ihren Weg als richtig erkennen müssen. Die Gleichgesinnten werden sich durch das ganze Volk hindurch erneut und unzerrennlich zusammenschließen und unter Ihrer Führung den Kampf vorwärts tragen. Millionen von Betern und Beterinnen umgeben Sie mit Ihren Mitarbeitern wie eine Mauer.“

Dieser Tage fand im katholischen Vereinshaus St. Wenzel in Stuttgart eine Sitzung des Änneren Landesvorstands der Zentrumspartei mit den Vorsitzenden der Wirtschaftsbereide und der Landtagsfraktion statt, die sich mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl beschäftigte. Es wurde beschlossen, auf Sonntag, 12. Februar, einen außerordentlichen Parteitag nach Ulm einzuberufen. Staatspräsident Dr. Brüning und Reichstagsabgeordneter Franz werden die Reden über die politische Lage und über die Vorgänge in Berlin bei Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg halten. Am Anstufh daran erfolgt die Aufstellung des Wahlvorschlages für den Württ.-hohenzollernischen Reichstagswahlkreis.

Die Deutsch-Demokratische Partei hat zur Wahl einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Das deutsche Volk steht vor der Frage, ob es Männern des Vertrauens schenken will, vier Jahre lang die Geschicke Deutschlands zu lenken, welche selbst keiner der drei voranzugange-

nen Regierungen auch nur eine Atempause gemährt haben. Wir nehmen den Ehrenitel „national“ in Anspruch für alle die, die in den schwersten Prüfungen des Vaterlands als unbekannte Soldaten und Arbeiter, als Staatsbürger, als Mütter und Schwestern schweigend ihre Pflicht erfüllt und damit nationale Taten vollbracht haben, die jenseits aller Herabsetzung und Kritik stehen. Wir möchten uns dagegen, daß die Staatsbürgerrechte und Freiheiten zugunsten einer Diktatur preisgegeben werden. Ein Vertretertag der Partei findet am 11. Februar in Stuttgart statt.

### Württemberg

Stuttgart, 7. Februar.

**Taufe im herzoglichen Haus.** Am Samstag fand durch Bischof Dr. Spörl die Taufe der am 2. Februar neobornen Tochter des Herzogs Philipp Albrecht in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht und sämtlicher Mitglieder des Hauses Württemberg statt. Die neugeborene Herzogin erhielt den Namen Elisabeth.

**Wieder 14 000 Lebensmittelpakete verteilt.** Die Württ. Rothkreuz in Stuttgart hat in der vergangenen Woche 14 000 Lebensmittelpakete an Bedürftige verteilt, nachdem schon vor Weihnachten 11 000 Lebensmittelpakete ausgegeben worden sind. Zusammen sind es also 25 000 Pakete, die 283 000 Pfund gute Lebensmittel (Zucker, Mehl, Rudein, Haferflocken, Kakao, Kornfront, Fett usw.) enthielten. Im Oktober ging bereits eine Kartoffelabgabe von 17 000 Ztr. voraus.

**Ueberparteilichkeit des Rundfunks.** Gegenüber von Angriffen im NS-Kurier wegen Nichtübertragung einiger Darbietungen durch den Süddeutschen Rundfunk wird amtlich darauf hingewiesen, daß der Rundfunk gemäß einem wiederholten Beschluß des württ. Staatsministeriums und in Uebereinstimmung mit den vor wenigen Monaten mit Zustimmung des Reichsrats durch den Reichsminister des Innern erlassenen Richtlinien streng Ueberparteilichkeit übt. „Der Rundfunk dient keiner Partei. Politische Gegenstände sind sachlich zu behandeln. Werbung für Parteien und Bekämpfung von Parteien sind nicht zugelassen.“ Ein Abweichen von diesen Bestimmungen würde, insbesondere in Wahlzeiten, die Ueberparteilichkeit des Rundfunks gefährden.

**Stuttgart, 7. Febr. Krankensversicherung und anzeigepflichtige Krankheiten.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Erfahrungen bei der noch immer andauernden Diphtherie-Epidemie geben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Inanspruchnahme des Arztes durch Bescheidene oder ihre Familienmitglieder in dringenden Fällen nicht von der vorherigen Lösung der Gebührenmarke für den Krankenschein abhängt. Ein dringender Fall ist in aller Regel die Erkrankung an einer reichs- oder landesrechtlich anzeigepflichtigen Krankheit. Reichsrechtlich anzeigepflichtige Krankheiten sind: Ausfall, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Typhus; landesrechtlich anzeigepflichtig: Diphtherie, Fleckfieber, Frieselfieber, Genickstarre, Kinderscharlach, Körnerkrankheit, Noh, Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Tollwut, Trichinose, Typhus, Wurmkrankheit, Kinderlähmung und Malaria. In diesen Fällen ist der Arzt zur vorläufigen dringenden Hilfeleistung auch ohne Vorlage eines mit Gebührenmarke versehenen Krankenscheins berechtigt. Auch die Beteiligung an den Kosten für die Arzneimittel kann im Fall der Not gekümdert oder niedergeschlagen werden. Die endgültige Entscheidung über vorläufig nicht entrichtete Krankenscheingebühren und Arzneimittelkostenanteil trifft später die Krankenkasse.

**Heilbronn, 7. Februar. Weinpantischer.** Ein Böckinger Wirt, der 600 Liter Affaltrach und 100 Liter Nordheimer Wein beim Zuckern mit 220 Liter Wasser vermehrte, was einer 12-13prozentigen Vermehrung gleichkommt, stand vor Gericht. In seiner Entschuldigung gab er an, einer Unkenntnis zum Opfer gefallen zu sein. Das Gericht verurteilte den Mann neben Einziehung des Weins zu einer Geldstrafe von 100 Mark.

**Esslingen, 7. Februar.** Bei der Ortsvorsteherwahl wurde Bürgermeister Kern mit sämtlichen 257 gültig abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 84 v. H.

... einige Tropfen  
**MAGGI'S Würze**  
verbessern  
das einfachste Essen.



Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

## Der Tod auf Hohenfried

Roman von Karl Martin

Alle Rechte vorbehalten. — Nachdruck verboten  
Copyright by Verlag „Neues Leben“, Bayr. Gmain

19 „Ein paar rotbraune Fäserchen?“  
„Ja, sie kleben an am Kopfteil der Messingbelle, im Schlafzimmer Joachim Gerdahlens. — Interessieren würde es mich, wenn Sie mir sagen könnten, ob jemand hier im Hause etwa eine rotbraune Wolljacke oder dergleichen besitzt.“  
Frau Gerdahlen sah ihren Sohn und Sigrit Sundborg fragend an.  
„Wist ihr etwas? — Ich kann mich nicht erinnern.“  
Die Gefragten schüttelten den Kopf.  
„Ich glaube nicht.“  
„Rein, auch ich kann mich nicht erinnern.“  
Stein nickte.  
„Sicher ist der Fund belanglos; aber man beobachtet eben alles.“  
„Und was meinen Sie sonst, Herr Kriminalinspektor? Halten Sie Ihren Verdacht noch aufrecht, denken Sie wirklich, daß Bruno Bauer auch den Mord an Joachim Gerdahlen beging?“  
„Möglich wäre ein Zusammenhang schon. Erst müssen wir den Dingen freilich noch weiter nachgeben. — Wer trägt denn von den weiblichen Angestellten auf Hohenfried langes blondes Haar?“  
Frau Gerdahlen schaute.  
„Langes, blondes Haar? — Niemand!“  
„Aber es ging doch in der letzten Zeit hier jemand aus und ein, der langes, blondes Haar trug?“  
„Ganz und gar nicht! Ich bin genau, Sigrit ist brünett, das weibliche Personal aber kommt auch nicht in Frage; es hat niemand hier langes, blondes Haar.“  
„Das ist sonderbar.“  
Gyon Gerdahlen forschte interessiert.  
„Weshalb?“  
„Ja — darüber möchte ich mich schon vorderhand nicht weiter auslassen. — Um nochmals auf die rotbraunen Fa-

sen zu sprechen zu kommen, Herr Albert Gerdahlen besitzt auch keine rotbraune wollne Kleidungsstücke, etwa einen Schal oder dergleichen?“  
„Rein.“  
„Na, ich werde sehen.“  
„Und das blonde Haar? Fanden Sie ein Haar in dem Zimmer meines Onkels?“  
Stein lächelte verbindlich. „Ich hoffe, Ihnen das bald erklären zu können, Herr Dr. Gerdahlen.“  
„Bitte sehr! Ich will nicht in Sie dringen. — Und was halten Sie von dem Taschentuch?“  
„Ja, das Taschentuch! — Gedulden Sie sich auch da!“  
5.  
Als Kriminalinspektor Stein zwei Tage später in das Dienstzimmer des ersten Staatsanwalts trat, erhob sich Dr. Haderland eifrig.  
„Da sind Sie ja schon, Herr Kriminalinspektor! — Sie sind meinem Ruf rasch gefolgt. — Hören Sie! Da hat der Joch doch einmal Glück gehabt. Woher war von seinem kriminalistischen Scherfbild wenig zu merken. Es gab früher Fälle, bei denen der Mensch mir wirklich auf die Nerven fiel. — Aber mit diesem Taschentuch hatte er Glück. Hier ist das Gutachten des Gerichtschreibers Dr. Roland. In dem Taschentuch finden sich nachweisbar Nitropinteile.“  
Stein las das Gutachten.  
„Ich habe das nicht anders ermarket.“  
„Sie sprachen aber vorgestern nicht so.“  
„Dann mißverstanden Sie mich vielleicht. — Es kam mir auch in den letzten 24 Stunden erst diese eigentliche Gewißheit.“  
„Gewißheit? — In den letzten 24 Stunden? — Sind Sie auf eine neue Tatsache gestoßen? Hat sich die Kette noch fester geschlossen?“  
„Eine neue Tatsache? Eine Kette? — Eine Gedankenkette, ja.“  
„Aha, jetzt sind Sie wohl davon überzeugt, daß Bruno Bauer nichts mit dem Mord an Gerdahlen zu tun hat? — Das habe ich Ihnen aber gleich gesagt. — Auf meinen Antrag hin ist der Termin der Schwurgerichtsverhandlung gegen Albert Gerdahlen nunmehr auf den 25. November festgesetzt worden.“  
„Weiß Albert Gerdahlen schon von dem neuen Fund?“

„Ja, ich habe ihn mir vorführen lassen. — Ein verdächtig Mensch! Den kühnt nichts! Aber er soll sich sehr täuschen, wenn er meint, sein Neugnen imponiere mir. — Geschwiegen hat der Mensch! Nichts gesprochen! Nur einmal hat er den Mund aufgetan. Wissen Sie, was er mich fragte: Ob wir noch nicht die Flasche mit der Giftlösung gefunden hätten! — Frech, was? — Na, ich werde ihm schon bei der Schwurgerichtsverhandlung zu antworten wissen!“  
Stein lamm.  
„Und die rotbraunen Wollfasern? — Und das lange, blonde Frauenhaar?“  
„Wer weiß, wie die in Joachim Gerdahlens Zimmer gelangt sind!“  
„Ich muß zwei Menschen finden: Den Bruno Bauer und die Frau mit den goldblonden Haaren, deren eins ich in dem Arbeitszimmer Joachim Gerdahlens entdeckte. — Ich muß diese beiden Menschen finden.“  
„Sie kalkulieren, daß Bruno Bauer etwa ein rotbraunes wollnes Kleidungsstück trug, oder daß die blonde Frau ein solches trug? — Und einer von diesen beiden Menschen wäre dann Ihrer Meinung nach an Joachim Gerdahlens Ermordung beteiligt. — Ich glaube es nicht! Albert Gerdahlen hat allein gearbeitet. Denken Sie nur immer wieder an die Beweise hierfür! — Es sei denn — den Bruno Bauer schalte ich aus — aber diese blonde Frau — ja, wenn man an eine Person denkt, die in naher Beziehung zu Albert Gerdahlen stand. — Sie müßten da einmal ansetzen. Das wäre eine denkbare Verbindung. Diese Frau könnte Hand in Hand mit Albert Gerdahlen gehandelt haben. Sie könnte ihn unter Umständen sogar zu dem Mord angeflistet haben.“  
Stein hatte es plötzlich eilig. Er suchte, so rasch wie möglich von dem Staatsanwalt fortzukommen. Zunächst fuhr er zu dem Gerichtschreiber Dr. Roland. Er war mit ihm gut befreundet. Die Unterredung dauerte nur fünf Minuten. Dann jagte sein Auto weiter, zum Untersuchungsgefängnis.  
Er ließ sich Albert Gerdahlen kommen. Unruhig ging er in dem kleinen Vernehmungszimmer auf und ab.  
Endlich trat Albert Gerdahlen ein. Der Aufseher grüßte respektvoll und schloß die Tür.  
Die beiden Männer waren allein.  
Paul Stein nötigte den Gefangenen zum Sitzen.  
(Fortsetzung folgt.)



Mundelsheim O. A. Marbach, 7. Febr. Weinberg- wasserleitung. Eine Versammlung der Weinbäuer beschloß, unter Ausnutzung der günstigen Verhältnisse unverzüglich den Bau einer Wasserleitung in Angriff zu nehmen, durch die vorerst etwa 45 Hektar Weinberge mit Wasser versorgt werden sollen.

Mieselhausen O. A. Mergentheim, 7. Februar. Die ersten Staren. Hier wurden die ersten Frühlingboten, die Stare, gesehen.

Nürtingen, 7. Februar. Fehlgestellter Dieb. Im Ankleideraum einer hiesigen Strickwarenfabrik wurden in letzter Zeit des öfteren aus den dort untergebrachten Kleidungsstücken Geldbeiträge entwendet. Am Samstag gelang es nun, als Täter einen Wäckerbüchsen festzustellen, der durch Verkauf von Bekleidungsartikeln an das Personal mit den Verlichteten vertraut war.

Ravensburg, 7. Febr. Wegen Vergehen gegen die Devisenverordnung verurteilte das hiesige Schöffengericht den 26 J. a. Sattler Franz Anton Kehler von hier zu 7 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weitere 2 Monate Gefängnis bei Abzug von 6 Monaten Untersuchungshaft, und den Diamantschleifer Hermann Terwiel von Amsterdam wegen Beihilfe zum Devisenhandel mit 3 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe (oder weitere 10 Tage Gefängnis) unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Tettmang, 7. Februar. Kein Transport von Schlachtpferden mehr. Nachdem vor längerer Zeit durch einen Pferdetransport von Ravensburg nach Lindau auf der Landstraße öffentliches Ungeheuer (durch Tierquälerei) erregt worden war, hat nun das Oberamt Tettmang eine bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen, wonach das Führen von Schlachtpferden auf öffentlichen Wegen verboten ist.

Friedrichshafen, 7. Februar. Die Einweihung des Hafentunnelbaus wurde wegen der Reichstagswahl auf Dienstag, 7. März, verschoben.

Von der bayerischen Grenze, 7. Februar. Zugführer stirbt aus dem Zug. Der Zugführer Josef Aid ist auf einer Dienstreise zwischen Wiedergeltingen und Lürkheim durch einen Fehltritt aus dem Badwagen gestürzt. Neben schweren inneren Verletzungen zog er sich eine Verletzung der Wirbelsäule zu, so daß sein Zustand sehr bedenklich ist.

# Aus Stadt und Land

Ragold, den 8. Februar 1933.

Sei Gelehrter oder Lehrer — und wenn du keine von beiden sein kannst, sei Lehrling.

## Kammlische Dienstnachrichten

Verberetung: Je eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in W. a. a. H. Ravensburg dem Lehrer Hermann Kirchner in Eberach a. A., Emberg O. A., Calw dem Lehrer Ernst Franke in W. a. a. H. Ravensburg dem Lehrer Dr. Julius Kruter an der Mittelschule in Stuttgart, Hülben O. A. nach dem Lehrer Erwin Kersch in Neussen O. A. Nürtingen, Steingeborn O. A. Nürtingen dem Amtsnotar Ernst Lupp in Weiskirchen, Winterlingen O. A. Balingen mit Rektorat dem Lehrer Adolf Weizsäcker in Stuttgart, Unterlärheim und eine Fachlehrstelle für Handarbeit, Hauswirtschaft und Mädchenstufen an der evang. Volksschule in Göttingen der unständigen Fachlehrerin Luise Kapp in Ebersbach an der Hils.

Erledigt: Die Stelle des Universitätszeichnungslehrers in Tübingen auf 1. Oktober 1933. Die Stelle soll nicht mehr beantragt werden, sondern im Weg des Verdienstvertrags besetzt werden. Es ist eine Vergütung von 4-5000 M. in Aussicht genommen neben dem Bezug der Unterrichtsgehälter. Vorzugsweise gedacht ist an einen akademisch gebildeten Maler, der in Anatomie und Perspektiv geübter ist, wozu auch eine gewisse praktische Erfahrung in den graphischen Künsten dazukommen sollte. Bewerbungen sind mit Proben eigener Arbeiten binnen drei Wochen beim Akademischen Rektorat einzureichen.

## Vom Ragoldbahn-Ausschuß

Am Samstagvormittag tagte der Ragoldbahnausschuß im Rathaus in Forstheim, leitmas unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Gindert. Eine Reihe von Berichts- und Beschlüssen über den Bau der Ragoldbahn und ihrer Anschlüsse wurde beraten und einstimmig beschlossene Beschlüsse bei der Reichsbahndirektion Stuttgart beschlossen. So wurde die Führung der beiden Sommer-Ellüge auch im Winterhalbjahr an Sonntagen und Verbesserung des Wagenmaterials gewünscht. Auch sollen wegen überfüllter Ausgestaltung des amtlichen Fahrplanbuches die Reichsbahndirektionen in Stuttgart und Karlsruhe angegangen werden. Ferner wurden Entschlüsse gefasst wegen Juteilung von zwei Triebwagen an die Station Forstheim zum Befahren der Strecken Wilsberg-Wahl-acker und der Enz- und Ragoldbahn sowie wegen Einführung des elektrischen Betriebes auf der Ragoldbahn. Zum Schluß der Sitzung sprach der Vertreter der Handelskammer Calw dem Vorsitzenden den Dank des Ragoldbahnausschusses für seine jahrelange wertvolle Mitarbeit und die besten Wünsche für die Zukunft aus.

## Der Verwaltungsbericht der Stadt Ragold

Die heutige Nummer enthält den 4seitigen Verwaltungsbericht von Bürgermeister K a i e r mit Vergleichsbetrachtungen der letzten 20 Jahre.

## Was bedeutet der Königin-Luise-Bund?

Der „Bund Königin-Luise“ tut Dienst am deutschen Volk: er steht für die Erhaltung deutscher Art und deutscher Sitte, für die Erhaltung vaterländischen Empfindens. Er sucht eine Volksgemeinschaft aufzubauen. Seine Ziele sind: die Heranbildung echter, deutscher Frauen und Mütter und die Erziehung einer gottesfürchtigen und pflichttreuen Volksgemeinschaft, die die große Verantwortung ihrer Zeit stolzen Hauptes in arbeitsfreudigen Händen und ehrwürdigen Herzen trägt. In dieser Zielsetzung, die die Wohltätigkeit erst in zweite Linie stellt, unterscheidet sich der Bund Königin Luise wesentlich von den übrigen Frauenvereinen. Er ist geboren aus der deutschen Not nach 1918, er sucht in der deutschen Frau die Hüterin der deutschen Seele und des erterbten Volksgutes. Der „Bund Königin Luise“ steht auf christlicher Grundlage über Konfessionen und Parteien. Diese Gemeinschaft baut sich auf dem altgermanischen Gedanken des Führertums; Kameradinnen und Führerinnen, nicht Mitglieder und Vorstände, Kameradinnen vom „Bund Königin Luise“ sind Kämpferinnen, über Standesunterschiede hinaus geeint in dem Wunsche, Wiederaufbau zu leisten am deutschen Volk, ob es leben soll oder untergehen, ist in die Hände seiner Frauen und Mütter gelegt. Eine jede deutsche Frau und jedes deutsche Mädchen, das die Wahrheit dieser Worte erkannt hat, sollte eine

Kameradin des Bundes werden. Frauen eines Volkes, das in höchster Not um sein Leben ringt, sind verpflichtet, neben ihren Pflichten als Gattin und Mutter Dienst am Volke zu tun. Die Zukunftskünfte des „Bundes Königin Luise“ sind diesem Dienste gewidmet, über ihnen steht ein großes Wort „Deutschland“ und darunter die kurze, schlichte Bundeslosung: „Ich dien“. (Siehe heutige Anzeige).

## Erdbeben

Heute früh 8.07 Uhr wurde, wie von verschiedenen Seiten beobachtet wurde, ein leichter Erdstoß von momentaner Dauer verspürt.

## Die vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeuge im Oberamt Ragold

In Verbindung mit der Bestandsaufnahme der Kraftfahrzeuge am 1. Juli 1932 sind erstmalig auch die Kraftfahrzeuge gezählt worden, die bis zur Dauer von 8 Monaten abgemeldet worden, die bis zur Dauer von acht Monaten abgemeldet waren. Eine erneute Auszählung der vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeuge zum 3. Januar 1933 sollte in erster Linie darüber Aufschluß geben, wie sich der Winter mit seinen natürlichen Hemmnissen für die Benutzung des Kraftfahrzeugs und seinen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen bestimmter Saisongewerbe auf dem Kraftfahrzeugverkehr auswirkt. Im Oberamtsbezirk Ragold betrug der gesamte Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Juli 1932 736 Stück, von denen 24 vorübergehend abgemeldet waren. Am 3. Januar dagegen sind in unserem Bezirk 101 vorübergehend abgemeldete Kraftfahrzeuge amtlich ermittelt worden und zwar 83 Kraftwagen, 67 Personenkraftwagen, 11 Lastkraftwagen und sonstige Kraftfahrzeuge.

## Der Rundfunk im Tonfilm

Am kommenden Sonntag, den 12. Februar veranstaltet der Süddeutsche Rundfunk, abends 8 Uhr im Saalbau zur Traube eine Vorführung von Tonfilmen, die sich mit dem Rundfunk befassen. In Bild und Ton wird die große Bedeutung des Rundfunks für die Allgemeinheit eindringlich dargestellt. Es wird gezeigt, wie der Rundfunk sein Programm abwickelt, mit welchen technischen Mitteln dies geschieht und wie vielseitig seine Arbeit ist. Aber nicht nur an die Rundfunkhörer wendet sich diese Veranstaltung, sondern alle, die noch belächelt haben, sollen erkennen, daß der Rundfunk lebensnotwendig geworden ist. Eine besondere Bereicherung erfährt das Programm durch die Mitwirkung der Stadtkapelle Ragold, die sich gerne tonloslos zur Verfügung stellt hat. Der geringe Eintrittspreis von 30 Pfg. wird es jedem ermöglichen, diesen überaus interessanten und unterhaltenden Vorführungen beizumohnen. Es sei noch besonders erwähnt, daß die gesamte Einnahme der örtlichen Nothilfe zugewendet wird. Erwerblose haben gegen Vorzeigen der Ausweislarke freien Eintritt. Der Saal wird bereits um 7 Uhr geöffnet.

Anmeldungen für die höheren Schulen. Die höheren Schulen in Deutschland befinden sich in einem Schrumpfungszustand, der zunächst überdeckt war, im Frühjahr 1932 aber ganz offen in Erscheinung trat. Es verloren die öffentlichen höheren Knaben- und Mädchenschulen 45 000 Schüler, davon die höheren Knabenschulen allein 31 000. Am härtesten betroffen wurden die ersten Klassen (Septen). Sie allein verloren 28 000 Schüler und Schülerinnen. Der Rückgang gegen das Vorjahr betrug bei ihnen 21,4 Proz., also fast ein Fünftel des Bestands. In vielen Stellen sind die Schülerzahlen schon auf den Stand der Vorkriegszeit oder unter diesen gesunken. Auch in Württemberg ist der Anteil an einem Schülerabgang ungefähr gleich wie vor dem Krieg. Im Frühjahr 1933 wird sich die Schrumpfung fortsetzen. Wo in Nord- und Mitteldeutschland die Anmeldungen schon abgefloßen sind, sind sie nochmals um ein Fünftel, teilweise auch wesentlich mehr zurückgegangen. In Württemberg laufen die Fristen für die Anmeldungen erst in den nächsten Tagen ab. Für Groß-Stuttgart am 8. Februar. Genaue Zahlen können also noch nicht vorliegen. Nach dem bisherigen Eingang von Anmeldungen muß mit einem erheblichen Rückgang gerechnet werden. Die Zahlen der ersten Klassen werden also absolut und in ihrem Verhältnis zum gesamten Schülerabgang voraussichtlich unter den Vorkriegszahlen liegen.

Wildberg, 7. Febr. Flug- und Arbeitsgruppe. Der Württ. Luftfahrtverband hat der hiesigen Gruppe den Fluglehrer Keller-Bohm verabschiedet, der vom 20. Januar bis 5. Februar einen Kursus abhielt. Es ist zu hoffen, daß verschiedene Schüler die A- und vielleicht auch die B-Prüfung ablegen, um als Piloten tätig zu werden. Von Calw sind erkrankterweise 8 Leute der hiesigen Ortsgruppe beigetreten. Die so gewachsene Gruppe hat sich nun eine Werkstatt erstellt, die zugleich als Flugzeughalle dient. Damit hat sich die Gruppe eine Räumlichkeit geschaffen, in der jede Woche zweimal gearbeitet wird. Man beabsichtigt eine zweite Maschine zu bauen.

Saiterbach, 7. Febr. Generalversammlung des Gesangsvereins. Am Sonntag nachmittag fand im Gasthaus zum Ochsen die jährliche Generalversammlung des Gesangsvereins „Viederbrunn“ statt. Vorstand Karl Sailer eröffnete die Sitzung und begrüßte die zahlreich Erschienenen. Nach dem Tätigkeitsbericht des Schriftführers Albert Brezing fand der Verein unter der vorzüglichen Leitung seines Dirigenten, Lehrers Rickart, auf eine rege Tätigkeit zurückzuführen. Neben mehreren Volksliedern wurde auch eine Anzahl schwieriger Chöre eingeübt. Die Mitgliederzahl weist eine Zunahme auf. Gemeinsam mit der Musikkapelle unternahm der Verein einen Ausflug zum Hohenzollern und von dort über Rebenhausen nach Entringen, wo dem Bruderverein, den Lehrer Rickart früher dirigierte ein Besuch abgeleistet wurde. Die Weihnachtsfeier des Vereins hat allgemein Anerkennung gefunden. Kassier Fr. Zeiler konnte berichten, daß die Finanzen des Vereins in Ordnung sind und sich gegenüber dem Vorjahr etwas gebessert haben. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Vorstand Sailer dankte dem Schriftführer und vor allem dem Kassier, der zurückgetreten ist, für die dem Verein in Treue geleistete Arbeit. Die Neuwahl des Kassiers fiel mit Stimmenmehrheit auf Gottlob Krenz, Schreiner. Der Verein feiert in diesem Jahr sein 60 jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll eine schlichte Veranstaltung (Waldfest) stattfinden, wobei besonders der Jubilare (Sänger) gedacht werden soll. Nach mehreren schön vorgetragenen Chören fand die anregend verlaufene Tagung ihr Ende.

Herrenberg, 7. Febr. 40 Jahre im Dienst. Der Herr Reichspräsident hat am 6. Februar ds. Js. dem Vorkämpfer des Bahnhofs R u f r i n g e n, Herrn Reichsbahn-Sekretär E i s l e r, anlässlich seiner 40jährigen Dienstzeit im Eisenbahndienst seine Glückwünsche ausgesprochen.

Unterjesingen O. A. Herrenberg, 7. Febr. Pferd aus dem Stall gestohlen. Heute früh wurde aus dem Stall der Kundenmühle G. Wenzels ein Pferd gestohlen und an den Jagdwagen angepömpelt, mit dem dann die Täter das Weite suchten. Wohin sich das Fuhrwerk wandte, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Freudenstadt, 7. Febr. Die Weltmeisterschaft im Schilau und kein Schnee. Die Weltmeisterschaft im Schilau, die für Freudenstadt-Baiersbrunn das größte Ereignis in diesem Jahr werden soll, ist nicht mehr fern. Alles ist gut vorbereitet, aber eines, das allennotwendig ist, nicht vorhanden, nämlich der Schnee. Und dabei fehlen nach Ansicht des sachkundigen Meteorologen von Freudenstadt bisher alle Anzeichen für den Eintritt einer neuen Kälteperiode. Linde Lüfte wehen über die Höhen des Schwarzwaldes. Unter diesen Umständen liegt man der Weltmeisterschaft mit Hangen und Bangen entgegen und fragt sich, was daraus noch werden soll.

## Turnen, Spiel und Sport

### Der Wanderpreis des „Gesellschafter“

Für Fußballprivatspiele im Bezirk Ragold ist laut dem Zentralorgan des Südd. Fußball- und Leichtathletik-Verbandes „Der Kicker“, genehmigt. Ueber die Genehmigung des ebenfalls vom Verlag des „Gesellschafter“ gestifteten Wanderpreises für die Handballprivatrunde im Bezirk haben wir bereits berichtet.

### Anterer Schwarzwald-Ragold-Turngau

Rege Tätigkeit herrscht zurzeit allenthalben in der gesamten Deutschen Turnerschaft bis in den kleinsten Verein. Ueberall finden wichtige Tagungen und belehrende Zusammenkünfte statt, um dem in diesem Jahre stattfindenden Deutschen Turnfest in Stuttgart zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Unser Turnkreis Schwaben hat dabei noch die besondere Aufgabe zu erfüllen, das er als leitender Kreis alles daransetzen muß, so stark wie nur irgend möglich bei der Kreisvorführung (Kreisturnen) auf den Plan zu treten. Nachdem nun am 4. Febr. und früher die Gauaufwarte des Kreises in Stuttgart-Gannicht gelang hatten, werden am kommenden Samstag und Sonntag in der Turnhalle in Altensteig sämtliche Gauaufwarte der Gauvereine zu einer Turnaufwarteversammlung kommen. Am Samstag abend 1/8 Uhr kommt noch der Werbefilm für das 15. Deutsche Turnfest im „Grünen Baum“ zur Vorführung.

# Letzte Nachrichten

## Verwendung des Reichsanstaltersgehalts für Hinterbliebene

Berlin, 7. Febr. Zu der Nachricht, daß Reichsanstaltler Hiltler, auf sein Gehalt verzichtet hat, weil er den Lebensunterhalt aus seinen schriftstellerischen Arbeiten verdienen, erfahren wir ergänzend, daß ein Gehaltsverzicht als solcher schon aus Neurechtlichen Gründen nicht möglich ist. Reichsanstaltler Hiltler wird deshalb in der Form über sein Gehalt verfügen, daß er es nach Abzug der üblichen Steuern usw. einem besonderen Kuratorium

## Das Staatsbegräbnis für die Opfer der Wallstraße



Der Sarg des erschossenen SA-Führers Maitowitt wird nach der Trauerfeier aus dem Dom getragen.



überweist. Dieses wird das Geld an bedürftige Hinterbliebene erschaffener Polizeibeamter und SA-Verste verteilt.

Teilnahme der Reichsregierung an den Wagnergedenktagen in Leipzig und Weimar.

Berlin, 7. Febr. Wie wir erfahren, werden Reichsfinanzminister Hüller und die Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk, Dr. Friedl und Göring an der Wagner-Gedenkfeier teilnehmen, die am kommenden Sonntag vormittag um 11.30 Uhr im Gewandhaus in Leipzig stattfindet.

120 000 Exemplare einer illegalen kommunistischen Druckschrift beschlagnahmt.

Kassel, 7. Febr. Das Polizeipräsidium meldet: Auf Grund landdienstlicher Mitteilungen des Stabsartenführers der Kasselei SA konnte die politische Polizei Kassel am Sonntag nachmittag in Berlin einen Lastkraftwagen mit 120 000 Stück (etwa 16 Zentner) einer illegalen kommunistischen Druckschrift beschlagnahmen.

Todesfall. Der Vorsitzende der deutschen landwirtschaftlichen Reichsvereine-Gesellschaft, Geheimrat Landesökonomierat Hoheneck, ist am Montag in München im Alter von 65 Jahren einem längeren Leiden erlegen.

Deutsche Luftverl.-Ausstellung auf der Wanderschaft. Die im Herbst v. J. in Berlin veranstaltete Deutsche Luftverl.-Ausstellung wird jetzt als Wanderausstellung eine Reihe von deutschen Städten besuchen.

Freitod eines früheren Millionärs. Wien ist die Stadt der fähigen Selbstmorde aus Verarmung, gerade in den bürgerlichen Schichten; kein Mann, in dem nicht täglich mehrere Tränen dieser Art zu lesen sind.

Bocha in Kalkutta. In Kalkutta tritt zurzeit die Cholera sehr stark auf. 420 Personen sind bereits gestorben. Von den Millionenbevölkerungen werden täglich über 1000 Personen kolerafrei geimpft.

Württembergische Landestheater

Am Freitag, den 10. Februar, erscheint nach längerer Pause das erfolgreiche Kriminalstück „Die Nacht des 17. April“ wieder im Spielplan.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes programs like 'Schauspiel', 'Kochrezept', 'Nachrichten', etc.

Handel und Verkehr

„Graf Zeppelin“-Fahrplan 1933

Die planmäßigen Südamerikafahrten des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ für Reisende, Post und Fracht werden am 6. Mai ab Friedrichshafen wieder aufgenommen.

Table with 2 columns: Location and Price. Lists prices for Berlin, Frankfurt, and other cities.

Die Großhandelsmehrzahl im Monatsdurchschnitt Januar 1933 ist mit 91,0 (1913 gleich 100) gegenüber dem Vormonat (92,4) um 1,5 v. H. gesunken.

Rückgang deutscher Anleihen in Amerika infolge von Börsenmanövern. Auf die von Berlin aus böswillig ausgeübten Börsenmanöver, die die Reichsregierung plane eine zwangsweise starke Herabsetzung der Zinsen, sind an den amerikanischen Börsen auch an den deutschen Börsen die Kurse der deutschen Anleihen stark gefallen.

Motorlokomotiven der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat bei der Firma Henschel u. Sohn, Kassel, 10 Versuchslokomotiven nach der Konstruktion dieser Firma in Auftrag gegeben.

Zahlungsstellenungen. Belg. und Rauchwarenfirma Wilhelm Krines, München, Verbindlichkeiten 25 000 M. Konkurs.

Säulegung. Die Gewerkschaft Schöden in Münster (Westf.) hat die Anzeige erlassen, daß die Sechse Schöden am 31. März ds. Js. stillgelegt wird.

Stuttgarter Schlachtleichmarkt vom 7. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 40 Ochsen, 58 Bullen, 243 Jungbullen, 379 Rinder, 359 Kühe, 1272 Kälber, 1982 Schweine, 3 Schafe.

Table with 4 columns: Category, Quantity, Price, and Unit. Lists market data for cattle, pigs, and sheep.

Florheimer Schlachtleichmarkt, 7. Febr. Auftrieb: 4 Ochsen, 8 Kühe, 43 Rinder, 17 Färsen, 43 Kälber, 387 Schweine.

Viehpreise. Blaubeuren: Kühe 140-220, Kalbweib 250-300, Jungbullen 65-120.

Schweinepreise. Kälber: Milchschweine 13-16,50, Blaubeuren: Milchschweine 12-20, Schwend: Milchschweine 10 bis 15.

Stuttgarter Großmarkt, 7. Febr. Sehr gut beliefert wurde der Gemüsegroßmarkt. Kraut 4-5, Kohl und Rotkraut 5-6, Grünkohl 10, Spinat 25-30.

Das Wetter. Die Wirksamkeit im Nordwesten besteht fort. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch unbeständiges, allmählich weniger mildes Wetter zu erwarten.

Gekordene: Christine Stoll, geb. Kessler, Hofstett, Zwenzberg; Luise Kohler, Diakonissen, 61 Jahre, Calw (früher in Regold).

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Stadtgemeinde Regold Bürgersteuer von 300%

Die Stadtgemeinde erhebt für 1933 eine Bürgersteuer von 300% des Landesjahres.

Die Steuer, die dem Einkommen entsprechend gestaffelt ist, ist in drei Raten auf 10. Februar, 10. Mai und 10. August 1933 je zu einem Drittel zur Zahlung verfallen.

Es wird im Interesse der Steuerpflichtigen selbst wie der Einzugsstellen und der Arbeitgeber dringend gebeten, die Zahlungstermine pünktlich einzuhalten, da sonst zwangsweise Beitreibung erfolgen und die Arbeitgeber im Pfändungs- u. Ueberweisungsverfahren mit belästigt werden müßten.

Im Falle der Arbeitslosigkeit an einem der Fälligkeitstage ist ein besonderer Befreiungsantrag und Nachweis (Stempelfarte) erforderlich.

Bei Personen, die an einem der Fälligkeitstage einkommensteuerfrei sind, ermäßigt sich auf Antrag und Nachweis die Rate um die Hälfte, soweit nicht schon der hälftige Steuerbetrag mit 9 Reichsmark angelegt ist.

Weiteres siehe Anschlag am Rathaus. Regold, den 7. Februar 1933. 301 Bürgermeisteramt: Maier.

Eichen-Verkauf

Am Mittwoch, den 15. Februar 1933 werden aus dem Gemeindefeld versteigert:

230 Eichen mit 110 Sm. 1.-5. Klasse 8 Forchen mit 6 Sm.

7 Km. eich. Spälter und 11 eich. Stangen

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus. Verkaufsbeginn vormittags 9 1/2 Uhr (an der Gärtringerstraße. 305

Auszüge wollen beim Waldmeisteramt bestellt werden. Den 7. Februar 1933. Gemeinderat.

Advertisement for Edelweiß-Decker bicycles. Includes an image of a bicycle and text describing the quality and features of the bikes.

Advertisement for Marie Grüninger. Includes an image of a woman and text announcing a thanksgiving for her recovery and a sale of a cow.

Advertisement for 'Wunderschön' furniture. Text describes high-quality furniture and offers a discount on a sewing machine.

Advertisement for Bund Königin Luise. Text announces a meeting and a sale of wood.

Advertisement for Beigholz-Verkauf. Text describes a wood sale by the community, including details on types of wood and quantities.

Advertisement for 'Jede Dame' magazine. Text promotes the 'NEUE MODEN' magazine, highlighting its fashion content and subscription information.



# Die Verwaltung der Stadt Nagold im Jahre 1932

## im Vergleich zur Vorkriegszeit.\*) Von Bürgermeister Maier.

In normalen Zeiten haben die Gemeinden über den Gang der Verwaltung eines Kalenderjahres berichtet und über Pläne für die Zukunft sich ausgesprochen. Alles wurde zumeist begonnen und beendet. In so schwankenden Zeiten, wie wirklich, ist diese Einrichtung mehr oder weniger außer Übung gekommen, obwohl gerade in solchen Zeiten eine Verwaltung sich immer wieder Rechenschaft ablegen sollte, ob die physischen und dynamischen Kräfte im Einklang stehen mit der Entwicklung der Stadt als solcher und mit den Kräften der Bürgerschaft. Wir haben uns deshalb entschlossen, inmitten dem Wirrwarr der Gegenwart und der Nähe über die Tätigkeit der Stadtverwaltung im Jahre 1932 wieder Bericht zu erstatten. Da die Gegenwart immer gerne Vergleiche mit der Vorkriegszeit anstellt, sollen dabei die Zahlen von 1913/14 zum Vergleich herangezogen werden. Zum besseren Verständnis dieser Periode sei ferner gestattet, auch auf die wichtigsten Veränderungen und Verbesserungen zum Vorteil der organischen Gesamtentwicklung des Gemeinwesens in den einzelnen Jahren dieses 20jährigen Zeitraums hinzuweisen.

Ganz allgemein war im Berichtsjahr die Tätigkeit vor allem auf zwei Dinge gerichtet:

1. auf die Steuerung der Not bei den Arbeitslosen und sonstigen Kollidierenden durch Schaffung von Arbeit und durch eine intensive öffentliche und private Fürsorge und
2. auf die Erhaltung des Gleichgewichts im Stadthaushalt.

### I. Allgemeines.

Die Markungsläche beträgt 2411 ha, davon sind Wälder 1257 ha, Acker 781 ha, Wiesen 155 ha und Wege, Gärten und öffentliche Anlagen 170 ha.

Die ortsanwesende Bevölkerung der Stadt betrug 1913: 4023; 1919: 3943; 1925: 4140 und nach dem Ergebnis der Personenzensusaufnahme vom 10. Oktober 1932 4464.

Die Wohnbevölkerung betrug 1925: 3909 Personen und jetzt über 4200.

Sowohl bei der ortsanwesenden Bevölkerung wie bei der Wohnbevölkerung ergibt sich also seit 1925 eine Zunahme von 8 Prozent.

In der örtlichen Organisation hat sich nichts wesentliches verändert, dagegen kann in Beziehung auf die staatlichen Einrichtungen berichtet werden, daß Reich und Land im Jahre 1928 das Arbeitsamt Nagold für die Oberamtsbezirke Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb und Nagold; außerdem die Landesversicherungsanstalt Württemberg eine Kontrollbeamtenstelle in Nagold für die Bezirke Calw, Neuenbürg und Nagold errichtet haben.

Mit großem Dank gegen die Verfasser darf hier anerkannt werden, daß die geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Verhältnisse der Stadt in dem „Heimatsbuch für den Oberamtsbezirk Nagold“, herausgegeben 1925 mit Unterstützung der Amalgarpergesellschaft von Professor Georg Wagner und einer Anzahl Mitarbeiter und vor allem in der Stadtgeschichte „Die Stadt Nagold, ihr Werden und Wachsen bis auf die Gegenwart“ von Stud. Dir. Dietrich, Ehrenbürger der Stadt, und Prof. Felix Schuster, einem Sohn der Stadt, 1931 mit Unterstützung der Stadt im Verlag von G. W. Kaiser, hier erschienen, — erforscht sind, wie man dies wohl selten sonst im Lande finden wird. Gerade die Stadtgeschichte ist eine unerlöschliche Fundgrube über die Vergangenheit und Gegenwart der Stadt und dabei angenehm und gemeinverträglich zu lesen. Sie sollte heute in keinem Nagolder Haus mehr fehlen. In einigen Jahren wird sie vergriffen sein und mancher wird dann bedauern, sie nicht zu besitzen.

### II. Die Steuerkraft der Stadt.

| Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Kataster  | 1913           | 1932                     |
|--|----------------|--------------------------|
| Es betrug  | 1913           | 1932                     |
| das Grundkataster, (das die steuerbaren Acker, Wiesen, Gärten und Wälder der Markung umfaßt) die nur gemeindesteuerpflichtigen Güter (also das Eigentum von Reich und Staat) | 120 531        | 118 916                  |
| zum Grundkataster waren im Besitz von Auswärtigen d. h. außerhalb Nagolds Wohnende hatten auf der Markung Nagold Güter mit einem Steuerkapital von zusammen                  | 32 713         | 32 531                   |
| Im Besitz von Auswärtigen befindet sich also ein starkes Viertel des Grundkatasters einseh. Wälder oder die Hälfte des Katasters für Acker und Wiesen.                       |                |                          |
| Die Umlage aus diesem Kataster geht verloren, wenn das Steuervereindecklungsgezet in Württemberg eingeführt werden müßte.  |                |                          |
| das Gebädekataster   | 1913           | 1932                     |
| (bei 798 Gebäuden)   | 188 985 (1003) | 260 745                  |
| hiezü die auf 5 Jahre befristeten Neubauten  | (96)           | 19 137                   |
| die nur gemeindesteuerpflichtigen Gebäude von Reich u. Staat   | 3 510 (32)     | 10 269                   |
| das Gewerbekataster (353 Gewerbebetriebe)  | 310 235 (371)  | 305 000 und 1930 420 000 |
| Der Brandversicherungsaufschlag sämtlicher Gebäude u. Zubehörenden betrug  | 8 654 695      | 13 993 720               |
| Die Zahl der Hauptgebäude  | 487            | 765                      |
| Die Zahl der Nebengebäude  | 387            | 373                      |

| zusammen   | 874    | 1 138            |
|--|--------|------------------|
| Die Gemeindefumlage abzüglich Gemeindebetreff                |        |                  |
| bei 7,5 % 42 514   | 42 514 | bei 21 % 132 000 |
| der Amtschaden   | 21 000 | 46 000           |
|  | = 24 % | = 25,5 %         |
| der Amtskörperschaftsumlage                                  |        |                  |
| Der Anteil der Stadt an Einkommens- und Ueberweisungssteuern | 19 460 | 14 906           |
| Der Anteil der Stadt an der Reichsumsatzsteuer               |        | 15 910           |
| Die Wohn- bzw. Bürgersteuer                                  | 1 810  | 6 000            |
| Zuschlag zur Grunderwerbsteuer                               |        | 2 000            |
| Wertzuwachssteuer  | 100    | 1 000            |
| Steuern  |        | 9 000            |
| Anteil an der Geb.-Entschuldungszit.                         |        | 5 000            |
| Vergnügungssteuer  |        | 800              |
| Feuerwehrabgabe  | 850    | 2 800            |

\*) Wegen Raummangels mußten wir die Berichte nicht unwesentlich kürzen. (Die Schriftleitung).

Anliegerbeiträge, besonders Dolanbeiträge (sind mit die niedersten Sätze im ganzen Lande) 1 000

### III. Der städtische Besitz.

Der Grundbesitz der Stadt einseh. Waldungen hatte ein Steuerkapital von (1913) 44 472

Der städt. Gebäudebesitz hatte 1913 einen Steuerwert von 74000 — 222000

Das Kapitalvermögen der Stadt bestand vor dem Kriege in der Hauptsache in Armenstützungen in Höhe von rund 29 000

Die städt. Bürgschaften wurden übernommen a. für Baudarlehen der Landesversicherungsanstalt, die mit 1. Rechi gefichert sind, in 9 Fällen für 28 800

### IV. Die städtischen Betriebe.

#### 1. Der Stadtwald.

Der Stadtwald ist uralter Besitz der Stadt und bildet von jeher das Rückgrat der Stadtverwaltung. Er hat aber nicht nur materielle Bedeutung, sondern auch hohen ideellen Wert.

Die Ausgaben dürfen nach den Erfahrungen dieser Jahre auch künftige Geschlechter nicht übersehen. Wir können heute recht froh sein, daß in den letzten zehn Jahren außerordentliche Anstrengungen gemacht wurden, den Wald durch Nachholung der Kulturen, Arrondierung des Bestandes und Schaffung eines befestigten Waldwegnetzes wieder in Ordnung gebracht zu haben.

auch darauf hingewiesen werden, daß der Gemeinderat der Forstverwaltung freie Hand gelassen und ihr große Mittel zur Verfügung gestellt hat, die aus Ueberbieben in den überalterten Holzbeständen gewonnen wurden.

Ich füge aus Zweckmäßigkeitsgründen den Bericht des Forstmeisters Birf hier schon an:

In dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1931/32 war die ordentliche Nutzung seitgejezt auf jährlich 4 000 Fhm. (3650 Fhm. Hauptnutzung und 350 Fhm. Durchforstung). Dazu durften als Grundstocknutzung jährlich weitere 1000 Fhm. geschlagen werden.

Da die Grundstocknutzung schon in den vorhergehenden Jahren ausgeführt worden waren, war im letzten Wirtschaftsjahr nur noch die ordentliche Nutzung zu erheben. Der tatsächliche Anfall belief sich auf 4048 Fhm.

Die Holzmarktfrage war bei Beginn des Wirtschaftsjahres denkbar schlecht. In Deutschland lagerten noch ca. 3 Millionen Fhm. geschlagenes Kadelstammholz, in Württemberg ca. 300 000 Fhm., dazu erhebliche Mengen Papierholz. Die Preise beliefen sich im Okt. und Nov. 1931 für altes liegendes Kadelstammholz im Schwarzwald auf 25 bis 40 Prozent der Landesgrundpreise, das sind für 1 Fhm. Langholz III. Klasse 7,5—12 Mk. (Frühjahr 1914 — 25 Mk., Frühjahr 1928 — 42 Mk.); — für Papierholz auf 30—40 Prozent der Landesgrundpreise, das sind für 1 Fhm. Papierholz II. Klasse gerappelt! Wenn auch anzunehmen war, daß nach Unterbringung des noch im Wald lagernden Holzes auf den Anfang des Jahres 1932 für Holz neuer Ernte etwas bessere Preise zu erzielen sein werden, so empfahl sich für den Einschlag größte Vorsicht.

Annehmbaren Abfah versprach noch das Brennholz. Mit dem Einschlag von Kadelstammholz war Juristhaltung geboten, die Nachfrage war gering und für den Lokalbedarf in kleineren Mengen zu annehmbaren Preisen unterzubringen. Stangen waren in größeren Mengen kaum abzusehen. Der Einschlag von Papierholz lohnte sich bei den niedrigen Preisen nicht. Für den Verkauf von Kadelstammholz empfahl sich außerdem aus tatsächlichen Gründen der Verkauf auf dem Stock und für den ganzen Holzabfah der Verkauf aus freier Hand.

Dementsprechend wurden beim Einschlag hauptsächlich solche Stiehe ausgeführt, die erhebliche Mengen Brennholz lieferten. Sehr wertvoll ist es in dieser schwierigen Zeit, daß auch das Laubholz im Stadtwald noch etwas vertreten ist. Der Stadtwald bietet somit in Wirtschaftskrisen eher die Möglichkeit für den Waldbesitzer, sich über Wasser zu halten, als eine Forstwirtschaft, bei der hauptsächlich nur eine Holzart gepflegt wird.

Die erzielten Brennholzpreise bewegten sich beim Buchholz zwischen 12 und 14 Mk., beim Kadelholz zwischen 8 und 12 Mk. Für das Kadelstammholz wurden im allgemeinen 50 Prozent der Landesgrundpreise gelöst, für einige kleinere Posten 55 Prozent, für einen Keil (Scheidholz) 41 Proz. Beim Laubstammholz betragen die Preise ca. 80 Prozent der Landesgrundpreise.

Vom ganzen Einschlag des letzten Jahres waren 1800 Fhm. d. h. 45 Prozent Stammholz und 2200 Fhm. Beigeholz (meist Brennholz), das sind 55 Prozent, während sonst bei der Hauptnutzung der Anteil des Stammholzes etwa 75—80 Proz., der des Beigeholzes 20—25 Proz. beträgt. Die Rohereinnahmen aus dem Holzhandel beliefen sich im ganzen auf 64 660 Mk.

In Ausgaben wurden nur die notwendigen Aufwendungen gemacht. So war es möglich, trotz der für die Waldwirtschaft geradezu trostlosen Lage doch noch einen wenn auch bescheidenen Reinertrag (11 000 Mk.) herauszuwirtschaften.

Mit dem Wirtschaftsjahr 1931/32 schließt das laufende Wirtschaftsjahr ab. Dementselben war es zur Aufgabe gejezt, die aus der Vorkriegszeit herrührenden Kulturrückstände nachzuholen. Daneben mußten zur Ermöglichung einer guten Holzabfah mehrere größere Wege gebaut und vorhandene chauffiert werden.

Es war gut, daß diese Aufgabe sofort bei Beginn des Wirtschaftsjahrzehntes energisch in Angriff genommen wurde und daß der Gemeinderat keine Mittel scheute, das gesteckte Ziel sobald als möglich zu erreichen. Diese Arbeiten tielen in die Jahre der guten Holzpreise. Daneben wurden im abgelaufenen Jahrzehnt noch zahlreiche Grundstücke zur Arrondierung des Stadtwaldes und seiner Vergrößerung erworben.

Für das neue Wirtschaftsjahr ist mit einer merklichen Erhöhung der Nutzung zu rechnen.

Was das neue Wirtschaftsjahr 1932/33 betrifft, so ist zu hoffen, daß es nun doch allmählich wieder aufwärts gehen wird. Einmal hat unsere Wirtschaft noch möglicher Ansicht den Tiefstand erreicht bzw. durchschritten, dann scheint es allmählich auch in Berlin zu dünnern, daß man der Forstwirtschaft doch endlich helfen muß. — Für viele Betriebe leider zu spät! —

Zum Schluß noch einiges Statistisches:

#### 1. Fläche des Stadtwaldes

| Waldfläche des Stadtwaldes | Wald ertragsfähig (Acker, Gärten, Grünflächen) | Ertragsfähig |                                      |
|----------------------------|--|--------------|--------------------------------------|
| 1. Okt. 1902               | 1131,4 ha                                      | 38,9 ha      | 1092,5                               |
| 1. Okt. 1922               | 1146,3 ha                                      | 44,7 ha      | 1101,5 (Zunahme gegen 1902: 9,0 ha)  |
| 1. Okt. 1932               | 1172,2 ha                                      | 49,9 ha      | 1122,3 (Zunahme gegen 1922: 20,8 ha) |

#### 2. Grunderwerbungen 1912—1932:

Wald 3,0 ha, Acker 27,2 ha, Wiesen 8,4 ha, zusammen 38,6 ha; Kaufpreis der seit 1924 angekauften Grundstücke 45 438 Mk.

Sievon bisher aufgeforszt (hauptsächlich 1923—1932) Acker 16,8 ha, Wiesen 0,9 ha, zusammen 17,7 ha.

#### 3. Kulturarbeiten 1923—1932:

Gesamtausgaben einsehlich Reuaufforstungen 153 900 Mk. Verwendet hiezü 8538 Kg. Samen, 2 723 700 Pflanzen.

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß infolge Trockenheit namentlich auf den Kahlfächen im Galgenberg und Wolfsberg, dann aber besonders infolge des starken Rehtandes im Killberg viele Kulturen wiederholt werden mußten. Im Killberg mußten wegen des Rehtandes manche Pflanzungen bis zu 4 mal gemacht werden.

#### 4. Wegneubauten 1923—1932:

a. vollständige Neubauten 5000 Mk.  
b. Chauffierungen u. Verbesserungen vorhandener Erdwege 6200 Mketer, zusammen 11 200 Mketer.

Luise  
Luise  
Gauführung  
kauf  
Gemeinderat  
ODEN  
gold



**Holznutzung:**  
 1903—1912. Planmäßiges Soll Hauptnutzung 5000 Festmeter Durchforstungen 400 Fst., Gesamtnutzung 5400 Festmeter. Außerordentliche Holzniebe 1618 Festmeter.  
 1913—1922. Planmäßiges Soll Hauptnutzung 5000 Festmeter, Durchforstungen 400 Fst., Gesamtnutzung 5400 Festmeter. Außerordentliche Holzniebe 9636 Fst. (Darunter Wasserleitung 4000 Festmeter).  
 1923—32. Ordentliche Nutzung. Planmäßiges Soll Hauptnutzung 3650 Festmeter, Durchforstungen 350 Fst., Gesamtnutzung 4000 Fst.  
 Also 1400 Fst. weniger als in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten.  
 Außerordentliche Holzniebe für Grunderwerb, Kultur, rüdstände, Wegbauten 19 165 Fst.

**Reinerträge:**

| Jahr | Preis für 1 Fm. Langholz III. Kl. nach dem jeweiligen Stand vom Monat März |
|------|--|
| 1913 | 71 300 .M bei 5400 Fst.  |
| 1914 | 75 100 .M Gesamtnutzung  |
| 1925 | 70 000 .M  |
| 1928 | 70 000 .M  |
| 1929 | 60 000 .M  |
| 1931 | 28 000 .M  |
| 1932 | 11 000 .M  |

**2. Das städtische Wasserwerk**

Die Niederdruckanlage des Wasserwerks ist Ende der 90er und anfangs der 1900er Jahre im Kreuztal gebaut worden. Sie wurde 1911 durch eine weitere Quelle beim Waldes verstärkt. In trockenen Jahrgängen reichte die Anlage bald nicht mehr aus und unangenehme Verbrauchseinschränkungen mußten sich die Einwohner nicht selten gefallen lassen. Nach dem trockenen Sommer 1921 entschloß sich der Gemeinderat diesem Uebelstand gründlich abzuhelfen. Man hätte es gerne gesehen, wenn zu dem stark kalkhaltigen Wasser der Niederdruckanlage zum Ausgleich kalkarmes Trinkwasser gewonnen worden wäre. Die Kosten für eine Zuleitung aus dem reinen Buntsandsteingebiet wären zu hoch geworden, aber auch eine Entnahmestelle im Grundwassergebiet der Ragold, mit der sich die Stadtverwaltung mit Hilfe der Geologen Wagner und Schmidt eingehend beschäftigte, scheiterte an den damals vom Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungsweisen berechneten hohen Betriebs- und Förderungskosten. So blieb noch übrig der Bau eines Triebwerks an der Waldach im Schwandorfer Tal und die Fassung der dortigen Quelle. Mit Hilfe eines Uebertriebs im Stadtwald von 4000 Fm. wurden die Anlagen gebaut und der Hochbehälter mit 2 Kammern zu je 260 cbm. Fassungsraum auf dem Lemberg errichtet. Die Quelle fördert durchschnittlich 4—5 Sek.-Liter. Diese Hochdruckanlage hat die Aufgabe, die ältere Niederdruckanlage zu ergänzen. Die Trinkwasserversorgung der Stadt ist seit einer geordneten. Die Gesamtkosten für die Niederdruckanlage einjährl. Stadtröhren beliefen sich 1890 auf 120 000 G.M. Die Hochdruckanlage wurde in der Inflationszeit 1922 erstellt und dürfte heute einschließlich der Hauptleitungen und der Stadtleitungen immerhin 200 000 Mark kosten. Neben den Neubaustraßen wurden in der Altstadt, auch die Insel der Wolfsberg, das untere Wehr usw. mit Trinkwasser versorgt, so daß sich das Hauptrohrnetz von 7,5 km. im Jahre 1913 auf 14,5 km. im Jahre 1932 erhöhte.

Die Verkrüftung der Hauptrohrleitungen durch das Kaltwasser hat nicht mehr die großen Nachteile wie früher seit dem Stadtbauamt durch ein besonderes Reinigungsverfahren die Rohrleitungen von dem Kalkanfaß und sonstigen Verunreinigungen befreit. Die Lebensdauer der Rohrleitungen ist durch dieses Reinigungsverfahren wesentlich verlängert, was zur Folge hat, daß die Stadt die hierdurch frei gewordenen Erneuerungsrücklagen zur Dedung des Abmangels des Stadthaushalts verwenden kann. Bei einem nicht zu hohen Wasserzins konnten wir im Jahre 1931 — 6000 Mark im laufenden Jahr 8000 Mark Ueberfluß an die Stadtkasse abführen und 1933 voraussichtlich 10 000 Mk. Eine ähnliche Entwicklung hat erfreulicherweise auch

**3. Der städtische Steinbruchbetrieb**

Während in früheren Zeiten die Materialgewinnung im Steinbruch Mittelbergle an einen Affordanten vergeben wurde und dieses System wegen des mangelhaften Abtraumes manche Unannehmlichkeiten mit sich brachte, ist der Steinbruch seit Kriegsende in eigene Regie der Stadt genommen worden. Wenn man auch viel Geld in den Steinbruch hineinstecken mußte, so war er doch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu allen Zeiten eine wertvolle Einrichtung und hat in manchen Jahren auch Ueberflüsse abgeworfen.

Stadtbauamtsleiter Benz nahm sich in den letzten vier Jahren um den Steinbruch besonders an und es wurden ihm vom Gemeinderat größere öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, mit welchen er den Bruch abbaureif machen und außerdem ein rationales Schotterwerk mit verschiedenen Silos und andere Maschinen aufstellen konnte. Der Steinbruch kann nun auf Jahre hinaus intensiv betrieben werden und wird auch der Stadtkasse in den nächsten Jahren die hineingekerkerten Kapitalien hoffentlich wieder zurückerhalten. Infolge des vorgeschriebenen terrassenmäßigen Abbaus ist ein 2. Silo mit Brecheranlage nötig, der diesen Winter aufgestellt wird.

**4. Der Drechsmaschinenbetrieb.**

Im Jahre 1919 hat Schlossermeister Benz seine von ihm viele Jahre betriebene Drechsmaschine aus geschäftlichen Rücksichten abgegeben, so daß schließlich die Stadt im Interesse der hiesigen Landwirtschaft entschließen mußte, im Holzgarten einen Schuppen zu bauen und eine Drechsmaschine aufzustellen. Gekauft wurde zunächst eine kleinere Maschine; sie erwies sich bald als ungenügend, so daß 1924 eine große Maschine Fabrikat Lanz, Mannheim, mit Strohprelle und Garbenbinder zum Preis der vollen Garnitur einschließlich Motor von rd. 13 000 Mk. angeschafft wurde, die heute noch zu aller Zufriedenheit im Betriebe ist.

Bisher sind die Ueberflüsse zur Tilgung des von der laufenden Verwaltung vorgeschossenen Anlagekapitals verwendet worden. Es muß ernstlich darauf abgehoben werden, in den nächsten Jahren eine Rücklage für die Erneuerung der Anlage zu schaffen.

**5. Das Freibad.**

In früheren Jahrzehnten begnügte sich die Stadt mit der Unterhaltung eines Badhauses an der Ragold für Männer und für Frauen. Daneben bestand beim städt. Spital die feminäreigene Badeanstalt für die Seminaristen. Diese Anlagen veralteten, andererseits wurde die Bedeutung des Wassers für den menschlichen Körper und des

Schwimm-Sports immer mehr erkannt. Im Jahre 1926 wurde eine neue Flugbadeanstalt an der Ragold mit einem Aufwand von 6500 Mark erbaut. Wenn sie auch nicht allen modernen Ansprüchen genügt, war man zufrieden, bis die durchgreifende Ragold- und Waldachkorrektur 1928 eine Senkung des Wasserpiegels brachte, wodurch die Schwimmgelegenheiten beeinträchtigt und bei längerer Trockenheit die Schlammablagerungen von den Badenden unangenehm empfunden wurden. So reifte auch in Ragold der Plan, warm unterstützt vom Fremdenverkehrsverein, auf der besonders geeigneten Posthalter Lutzschen Wiese im Kleb ein modernes Bad anzulegen. Ohne den Grunderwerb berechnete im Jahre 1931 das Stadtbauamt die Kosten auf rund 30 000 Reichsmark, die nur durch Schulden gedeckt werden konnten. Obwohl 175 Interessenten eine Jahreseinnahme von 4000 Mark garantierten, verlagte die Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Schuldaufnahme. Da, im Jahre 1932 kam der freiwillige Arbeitsdienst auf und mit tatkräftiger Unterstützung des Arbeitsamts und seines damaligen Vorstandes Reg.-Rat Dr. Stahlecker wurde das erste Arbeitslager zur Erbauung des Schwimmbads eingerichtet. Was unmöglich schien, wurde zum Ereignis. Unter der hingebenden Leitung und Mitarbeit des Stadtbauamts wurde das Freibad im Frühjahr und Sommer 1932 erbaut mit einem städt. Reinaufwand von rund 12 000 Mark. Der Aufwand konnte glücklicherweise aus dem Erlös für den Posthausbauplatz bestritten werden, wozu seine Genehmigung nötig war. Der Staat gab noch einen Beitrag von 1500 Mk., unter der Bedingung, daß die Seminaristen das Bad wie die städt. Schulen benutzen dürfen. Zur Arrondierung der Badanlage mußten noch für 3500 Mark Wiesen dazu gekauft werden, so daß die Badeanlage einschließlich 10 000 Mark für Grunderwerbungen auf 22 000 Mark zu stehen kam, während sie noch im Vorjahr 40 000 Mark die Stadt gekostet hätte.

Nach dem Interesse, das das Bad bei der Bevölkerung wie bei Fremden gefunden hat, zu schließen, darf damit gerechnet werden, daß außer der Verjüngung und Tilgung des Anlagekapitals auch noch ein Ueberfluß sich ergeben wird.

Mit den städt. Betrieben in gewissem Zusammenhang steht

**6. Die Elektrizitätsversorgung der Stadt**

Sie erfolgt von Anfang an seit 1893 ununterbrochen durch das private Ueberlandwerk Fa. C. Klingler's Erben, Ragold. 1918 wurde der Lieferungsvertrag nach 25jähriger Wirksamkeit auf zehn Jahre verlängert, wobei die Strompreise ermäßigt und das Gasverbot und das Installationsmonopol beseitigt wurden. Infolge der Ragold- und Waldachkorrektur wurde im Jahre 1927 der Lieferungsvertrag auf weitere 20 Jahre verlängert, nachdem die Fa. C. Klingler's Erben in Folge der Korrektur nötigen Wehr- und Turbinenumbau mit einem Gesamtaufwand von 120 000 Mark, übernommen hatte. Ferner hatte die Firma in den folgenden Jahren die Erneuerung des Ortsumschalters ausgeführt. Trotz dieser Aufwendungen wurde eine weitere Senkung der Strompreise erreicht.

Die Absicht der Stadt, das Werk in eigene Verwaltung zu übernehmen, mußte damals infolge der Ragold- und Waldachkorrektur aufgegeben werden, da sonst die Schuldenlast zu groß geworden wäre und ihre Verjüngung und Tilgung Strompreise erfordert hätte, die heute nahe bei 50 % für Licht u. 30 % für Kraft wären. Die ganze Entwicklung bestätigt heute, daß die damalige Politik des Gemeinderats die richtige war und bleiben wird. Mit der Elektrizitätsversorgung mußten in Ragold andere Wege gegangen werden, als sie gemeinhin in den Städten üblich sind. Das Ziel einer Stadtverwaltung muß dessen ungeachtet darauf gerichtet sein, die Versorgung der Stadt mit Wasser Elektrizität und Gas in eigener Verwaltung zu haben oder auf diese Verwaltung wenigstens einen bestimmenden Einfluß ausüben zu können.

**V. Die Stadtverwaltung im allgemeinen u. im besonderen**

Es ist in den Gemeinden wie im Lande alte Erfahrungstatsache, daß in schlechten außerordentlichen Zeiten in der Verwaltung mehr getan werden muß, als in guten normalen Zeiten. In der langen Friedens- und Blütezeit wären eine Reihe von Problemen leichter zu lösen gewesen, als in der jetzigen Notzeit. Der Wald, die Wasserversorgung, die uralte Ragold- und Waldachkorrektur, das Schul- u. Kleinkinderbewußtsein wären vor dem Kriege viel leichter zu verbessern bzw. diese Aufgabe zu lösen gewesen, als heute. Und solche Unternehmungen und Fortschritte hätten damals der Entwicklung der Stadt andere Auftriebsmöglichkeiten gegeben als heute. Aber gerade in gesättigten Zeiten fehlt es oft an entsprechendem Unternehmungssinn und Wagemut wie umgekehrt in schlechten Zeiten, nebenbei bemerkt der Wagemut manchmal ungesund und übertrieben werden kann.

So darf es uns heute nicht wundern, wenn wir gerade in diesem schwierigen Zeitabschnitt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens der Stadt umwälzende und fortschrittliche Neuerungen feststellen können, so daß wir heute sagen können, daß die Stadtverwaltung, abgesehen von einzelnen ihrer Lösung noch harrenden Aufgaben wie die Gasversorgung oder die Erschließung eines geeigneten Siedlungsgebiets, das auch Fremde anziehen würde, — in gutem Zustand ist und modernen Ansprüchen genügt.

In nachstehendem sollen noch einzelne Verwaltungsgebiete der Stadt, insbesondere unser Schul- und Bildungsweisen besprochen werden.

Nach der Revolution wurde im Jahre 1919 der Bürgerausschuß abgeschafft, der 100 Jahre lang als Kontrollorgan gegenüber dem Gemeinderat funktioniert hat. Der Gemeinderat, bestehend aus dem Bürgermeister und 16 Stadträten, vertritt seither im Einkollegialsystem die Stadt und verwaltet sie. Er tritt regelmäßig alle 2 Wochen zur Beratung und Beschlussfassung über die Fälle von Gemeindeangelegenheiten zusammen. Daneben sind der Bau-Ausschuß, der Fürsorge-Ausschuß und der Steuer-Ausschuß, die in vielen Sitzungen die Einzelsälle für den Gemeinderat vorbereiten und zum Teil auch in eigener Zuständigkeit erledigen. Alle Tätigkeit des Gemeinderats und der Ausschüsse ist ehrenamtlich und spez. in Ragold unentgeltlich.

Am konservativsten in ihrer Organisation blieb vielleicht die Zentralverwaltung. Die Neuerungen bei den städt. Beamten sind wohl am geringsten, umso angelegentlicher und intensiver Arbeit ist aber überall zu leisten. Verkauf dürfte kaum irgendwo fehlstellen sein. Der Personalbestand der Stadtverwaltung ist folgender: (Die Zahlen von 1913 sind eingeklammert).

- 1. Bürgermeisteramt: Stadtoorstand 1 (1), Obersekretär 1 (1), Gehilfe(in) 1 (1), Lehrling oder Aushilfe

- 1 (0), Schulleute 3 (3), Hilfschulleute 2 (1), Amtsdienert 1 (1).

- 2. Stadtpfleger: Stadtpfleger 1 (1), Gehilfe(in) 1 (0), Aufwärter 1 (1), Feldschützen 2 (1), Hilfsfeldschützen — (1), Farrenwärter 1 (1), Spitalmeister 1 (1), Gewerbelehraushilfen 1 (1).

- 3. Forstverwaltung: Forstmeister 1 (1), Kanstleifertär 1 (0), Forstwärter 3 (3). (Durch die Herinnahme einiger Gutsbesitzer und die intensive Waldwirtschaft Mehrarbeit).

- 4. Stadtbauamt: Stadtbauamtsleiter 1 (1), zeitweilige Schreibhilfe 1 (0).

Das Feuerlöschwesen der Stadt ist 1922 mit der Wechellinie und Kraftfahrzeuge neu organisiert und verbessert worden. Die Einrichtung hat sich für Stadt und Bezirk bewährt. Die Organisation des städt. Feuerlöschwesens wird erst durch die Ausbildung des Einheitsfeuerwehrmannes und die Anschaffung der Kleinmotorpumpen neben Neuausstattung der freiwilligen Feuerwehr zum Abschluß kommen.

Auf dem Gebiet der Gesundheits- und Wohlfahrts-pflege ist die 1931 erfolgte obligatorische Einführung der Trichinenschau und seit 1929 der Müllabfuhr zu nennen. Der Friedhof wurde durch Zukauf zweier Nachbargrundstücke im Jahre 1916 erweitert, Umfassungsmauern und Zufahrten verbessert, die Wege und Anlagen instandgesetzt und der Kriegerfriedhof für die an Verwundungen und Krankheit in Ragold Verstorbenen von auswärts nach den Plänen des Professors Schuster und mit Unterstützung des Staates ausgebaut und von demselben Architekten die alte Oberkirche zusammen mit der evangelischen Kirchengemeinde zu einer ehrwürdigen Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges aus der Stadt Ragold umgestaltet.

In der langen Zeit der Wohnungsnot (1918—1930) war die Förderung des Wohnungsbaues eine besonders wichtige Aufgabe der Stadt. Acht neue Bauträger wurden ortsbauplanmäßig angelegt, mit Kanälen und Wasserleitungen versehen. Neben dem bedeutsamen Eigenbau der Stadt mußte für die Baulustigen die Bürgschaft für die staatlichen Baukapitalien und für die Darlehen der Landesversicherungsanstalt Württemberg übernommen werden. Nach der vorliegenden Statistik sind von 1919 bis jetzt 260 neue Wohnungen geschaffen worden, während die Zahl der Haushaltungen seit 1919 nur um 119, von 911 auf 1030 gewachsen ist.

In diesem Zusammenhang ist der Neu- und Umbau des Bezirkskrankenhaus durch die Amtskörperschaft im Jahre 1927/28 zu erwähnen, wozu die Stadt einen Barbeitrag von 10 000 G.M. gespendet hat.

Was auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege seit dem Kriege durch die Familienunterstützungen, die Kriegswohlfahrtspflege, die Kriegerkrankenfürsorge durch den Bezirkskreditausschuß der Kriegshilfe, die Ausstellung des schwäbischen Bürgerheims, die Lebensmittelversorgung durch Brot, Fleisch, und andere Karten und durch Abgabe von Lebensmitteln, Kleider und Schuhe alles geleistet wurde, kann nicht in Form einer kurzen Uebersicht gesagt werden. Dabei war die Gefeltheit der Bevölkerung immer eine gute. Die seit einigen Jahren eingeführte Winterhilfe ist als Ergänzung zu der behördlichen Fürsorge eine wertvolle Einrichtung. Aus der Statistik des Bürgermeistersamts über die öffentliche Fürsorge kann man sich ein Bild über die gewaltigen Aufgaben, die hier seit dem Kriege entstanden sind, machen. Die Stadtverwaltung steht von jeher auf dem Standpunkt, Arbeit zu geben, statt Barunterstützung und hat dies praktisch bei jeder Gelegenheit auch durchgeführt. Wenn es sich um Arbeitsbeschaffung handelt, besteht stets Einigkeit im Gemeinderat. Kaum eine Stadt in der Größe Ragolds wird auf diesem Gebiete mehr leisten.

Nachdem das erste Lager des freiw. Arbeitsdienstes das Schwimmbad gebaut hatte, ist für die jungen Leute unter 25 Jahren über den Winter ein zweites Lager mit 70 Plätzen eingerichtet worden, das zufällige Arbeiten macht, die für die Zukunft wertvoll sind. Öffentliche Anlagen, Wiesenentwässerungen, Straßen- und Wegbauten usw. für die Erwachsenen, meist verheirateten Arbeitslosen sind wieder Notstandsarbeiten im Gange, die die Beseitigung der Hochwasserschäden vom 16. Mai 1932, Waldwegbauten, Straßenverbesserungen usw. bezwecken.

In dieser Weise wird auch im neuen Jahre fortzuführen sein, solange die Mittel es irgendwie erlauben, bis endlich auch einmal die Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Menschheit und diese Plage für so viele arbeitswillige Menschen, auf ein erträgliches Maß zurückgeht und Geschäfte, Handel und Wandel wieder blühen!

Wir haben berechtigte Hoffnung, daß der Umbau der Staatsstraße Ragold—Altensteig 1933 in Angriff genommen wird, um den wir uns mit den übrigen Beteiligten schon seit 1926 bemühen.

Eine besonders günstige Entwicklung hat das private Kraftliniennetz in den letzten Jahren durch die Firma Benz & Koch in Ragold genommen. Während die Kraftpostlinien sich auf Ragold—Halterbach und auf einige Linien des Landkraftbestellendienstes beschränken, werden durch die jetzt getrennten Firmen Friß Benz und Walter Koch die Linien Ragold—Herrenberg seit 1926, Ragold—Wildberg—Sulz—Herrenberg seit 1928, Ragold—Tübingen seit 1930, Ragold—Walzgrabenweiler seit 1931, Ragold—Seebrunn—Kottenburg mit Unterbrechungen seit 1926 — mit gutem Erfolg betrieben. Dazu kommt noch die neue Linie Ragold—Neilschauen—Vollmaringen—Waisingen—Ergenzingen—Seebrunn, die demnächst in Betrieb genommen wird.

Hier ist noch zu erwähnen, daß im Dezember 1932 das neue Postgebäude an der Bahnhofstraße in Betrieb genommen worden ist, dem in diesem Monat das Selbstanschlußamt nachgefolgt ist.

Auch sonst werden die Wege zur Entfaltung von Handel und Gewerbe neben der Unterhaltung der Gewerbe- und Handelsschule soweit als möglich geebnet. Aber auch für die Landwirtschaft wird neben der Unterhaltung guten Zuchtviehmateriale, bei der Durchführung der Feldbereinigungen und anderem gesorgt. Zu wünschen wäre im allgemeinen, daß die Feldbereinigungen viel früher als dies gewöhnlich der Fall ist, zum Abschluß gebracht werden. Eine Wohlthat aber sind und bleiben die neuen Feldereinteilungen mit den Wegenlagen, wenn man nur in Betracht zieht, wie viel Streit und Feindschaften vorher die Ueberfahrtsrechte und -Lassen gebracht haben.

Unbestreitbar das wichtigste Unternehmen ist die in den Jahren 1927—1929 ausgeführte Ragold-, Waldach- und Kreuztalbachkorrektur. Ihre ungewöhnliche Bedeutung liegt nicht bloß in dem hohen Aufwand von über



Amtsdiener  
(in) 1 (0),  
Büchsen —  
Gewerbeschul-  
Kanzleifre-  
nahme ein-  
dewirtschaft  
zeitweilige  
der Wieder-  
verbessert  
Bezirk be-  
wehens wird  
wehmannes  
Neuau-  
schluß tom-  
Böhsfahrts-  
führung der  
zu nennen,  
abzargrund-  
uern und  
standgefest  
ungen und  
wärts nach  
unterstützung  
hietzten die  
Kirchen-  
tie für die  
gold umge-  
1918—1930)  
e besonders  
rahen wur-  
nd Wasser-  
genbau der  
ast für die  
n der Lan-  
en werden.  
is jetzt 200  
die Zahl  
11 auf 1030  
nd Umbau  
irtschaft im  
rinen Bar-  
e seit dem  
riegswohl-  
durch den  
stellung des  
verjorgung  
ch Abgabe  
es geleistet  
sicht gelang  
evölkerung  
ihre Win-  
Fürjorge  
es Bürger-  
an sich  
reit dem  
lung steht  
stalt Bar-  
legenheit  
beschaffung  
at, Raum  
m Gebiete  
titodienstes  
gen Leute  
Lager mit  
Arbeiten  
tliche An-  
Bebauten  
Arbeits-  
die Be-  
32, Wald-  
re fortzu-  
uben, bis  
heißel der  
tswillige  
und Ge-  
mbau der  
ff genom-  
beteiligten  
as private  
ie Firma  
die Kraft-  
einige Li-  
den durch  
lter Koch  
d—Wild-  
ungen seit  
old—See-  
26 — mit  
eue Vin-  
—Ergen-  
ommen  
1932 das  
b genom-  
tanschluf-  
von Han-  
Gewerbe-  
ber auch  
guten  
Feldbe-  
we im  
über als  
t werden,  
Felder-  
r in Be-  
rber die  
st die in  
Waldsch-  
e Bedeu-  
von über

700 000 Mark, an dem sich Stadt, Staat und Elektrizitäts-  
werk beteiligt haben, sondern in den geschaffenen Hochwaf-  
ferabflußverbesserungen und den daraus folgenden Entwid-  
lungs- und Zukunftsmöglichkeiten. Im Laufe des letzten  
Jahrhunderts wurden immer wieder Anläufe zur Beseiti-  
gung der Hochwassergefahren unternommen, doch ohne den  
entsprechenden Erfolg und dieser Uebelstand blieb dauernd  
das Sorgenkind von Stadtverwaltung und Stadtvertre-  
tung. Nicht ohne zuvor sorgfältig geprüft und abgewogen  
zu haben, ob die Entschuldung durch die Inflation und die  
Vermögensvermehrung in der Inflation durch die Wasser-  
leitung den städt. Wohnungsbau und den Erwerb vom  
Rögle, sowie der Stand des Stadtwaldes es zuließe, ein  
so kostspieliges und einzigartiges Unternehmen zu wagen,  
ist Staatsverwaltung und Gemeinderat an diese Auf-  
gabe herangegangen. Man darf heute froh sein, daß  
dieses wie ein unüberwindlicher Berg geschienene Werk  
im Anschluß an die Hochwasserkatastrophe vom 5. Mai 1927  
glücklich unter Dach und Fach gebracht wurde und darf  
fühllich bezweifeln, ob das heute trotz Notstandsarbeiten  
und freier Arbeitsdienst noch möglich wäre, weil eben der  
Materialaufwand ein außerordentlich großer, und Gelder  
schwer aufzubringen wären und ferner die Staatsbeiträge  
wesentlich schwächer u. unsicherer fließen würden. Ohne die  
Korrektion wären die Anlagen im Kleb und wohl auch  
das Freibad nicht da und vor allem wäre der Ausbau der  
nädt. Kanalisation und Sammelkläranlage nicht möglich  
gewesen. Das Hauptkanalnetz der Stadt betrug 1912 —  
2700 Meter und ist bis heute auf rund 10 Km. angewach-  
sen. Was die sanitären Anlagen anbelangt, so können wir  
uns mit jeder auch größeren Stadt als Magold messen.

In Magold wurde dem Schulwesen von jeher immer  
große Bedeutung beigelegt, wie es Pflicht einer Seminar-  
stadt ist. Unter der pfleglichen Behandlung des Gemeinderats  
und der Stadtverwaltung hat dieses wichtige Gebiet  
kommunaler Tätigkeit in allen Schularten bis zum Jahre  
1931 Fortschritte gemacht. Bei allen Schulen kann ohne  
Ausnahme festgestellt werden, daß sie den Bedürfnissen der  
Gegenwart genügen. Bei der Mittelschule ist die Schülerin-  
nenzahl von Jahr zu Jahr infolge der Abwanderung zur  
Real- und Lateinschule zurückgegangen, so daß sie auf  
1. April 1929 aufgehoben werden mußte. Infolge der durch  
die Wirtschaft- und Deflationsschiffe verursachten Sparmaß-  
nahmen mußte auch bei den Schulen an den Abbau her-  
gegangen werden. Die evang. Volksschule (ohne Mittel-  
schule) hatte 1914 — 5 ständige Lehrer, 2 unständige Leh-  
rer und 2 Arbeitsschullehrerinnen und heute, nachdem in  
den letzten 2 Jahren 1 ständige und 1 unständige Stelle  
aufgehoben worden sind, 7 planmäßige und 2 außerplan-  
mäßige Stellen, also dieselbe Zahl, wie 1914. Die Zahl der  
Schüler betrug 1913 — 460 und 1932 — 320. Die Koch-  
- und Hauswirtschaftsschule wurde 1922 neu errichtet. Sie  
entspricht einem dringenden praktischen Bedürfnis. In der  
Volksschule ist die Vermittelfreiheit durchgeführt, wird  
aber seit dem letzten Jahre auf die bedürftigen Schüler  
beschränkt. Als weitere Volksschule besteht hier die staatliche  
Seminarübungsschule mit derzeit 5 Klassen u. 115 Schülern  
(1914 4 Klassen und ebenfalls 115 Schüler). Bei ihr hat  
die Stadt den jährlichen Aufwand einschließlich Schulräu-  
men zu bestreiten. Da die katholische Kirchengemeinde die  
gemäßlich vorgeschriebene Zahl von 60 selbständigen Fam-  
lieneinheiten nachweisen konnte, hat der Gemeinderat 1927  
auf ihren Antrag eine kath. Volksschule errichtet, die bis  
heute mit einem unständigen Lehrer versehen wird (Schü-  
lerzahl 35). Bei der Real- und Lateinschule wurde nachge-  
hakt, was schon früher hätte geschehen sollen. Es wurden  
entsprechend der Steigerung der Schülerzahl vom Gemein-  
derat im Jahre 1919 und dann im Jahre 1923 und zuletzt  
1926 je eine akademische Hilfslehrstelle errichtet und vom  
Kultministerium genehmigt, wovon 2 in den Jahren 1927  
und 1930 in ständige Studienratsstellen umgewandelt wor-  
den sind. Hierdurch war es möglich, der Anzahl durch das  
Kultministerium die Berechtigung zur Erteilung der mittle-  
ren Reife zu geben. Nachdem seit 1924 die Schüler der  
6. Klasse auswärts in Rottenburg und Freudenstadt ihr  
Einjährigengemessen abzulegen hatten, wurde diese Berech-  
tigung 1929 der eigenen Anstalt unter Verleihung des  
Rektors für die „Realschule mit Lateinabteilung“ endgül-  
tig erteilt. 1928 wurde noch eine private 7. Klasse ange-  
gliedert, wozu ein ganz auf Stadtkosten angelegter semina-  
risch gebildeter Hilfslehrer nötig war. Im laufenden  
Jahre hat die siebte Klasse 8 Schüler, im nächsten Schuljahr  
smeint sie wegen ungenügender Schülerzahl nicht gehalten  
werden zu können.

Die Anstalt besuchten 1913 in 5 Klassen 75 Schüler und  
1932 in 7 Klassen 161 Schüler. Für Chemie, Physik und  
Biologie sind Lehrmittel mit einem Aufwand von 6000  
Mark angeschafft worden.

Die Gewerbe- und Handelsschule hatte als städt. Pflicht-  
schule bis nach Kriegsende einen hauptamtlichen Leh-  
rer und daneben zahlreiche Ueberstunden. 1919 wurde eine  
Hilfslehrer. 1923 eine weitere und 1927 die dritte  
Hilfslehrerstelle errichtet, so daß 1927 4 hauptamtliche Leh-  
rer angestellt waren. 1927 wurde eine Hilfslehrerstelle in  
eine ständige Stelle der Unterstufe umgewandelt und 1931  
infolge des Rückgangs der Schülerzahl eine Hilfslehrerstelle  
wieder aufgehoben. 1927 trat die Schule in ein neues Ent-  
wicklungsstadium ein, sie ging in eine Bezirksverbands-  
schule auf, die jetzt außer der Stadt Magold die Gemeinden  
Efringen, Emmingen, Heselshausen, Oberschwandorf, Piron-  
dorf, Rohrdorf, Schietingen O.M., Magold und Möhlingen  
und Unterjettingen O.M., Herrenberg umfaßt. Schülerzahl  
1932 — 200, 1930 — 300 und 1914 — 224. Eine zweite  
Fachschule auf der Grundlage der Freiwilligkeit ist die  
Frauenarbeitschule, die 1894 errichtet wurde und mit zwei  
Lehrerinnen besetzt ist. Die Schülerinnenzahl betrug 1911  
in 3 Kursen 100 und 1931 — 136 und 1932 bis jetzt in  
2 Kursen 77. In diesem Zusammenhang sei auch der evang.  
Kleinkinderschule gedacht. Sie war mit kürzeren und län-  
geren Unterbrechungen seit ihrem Bestehen 1838 in städt.  
Räumen untergebracht. Infolge ihres Wachstums wurden  
die Schulräume immer unzureichender. Ein bis zum Kriegs-  
ende vom Kleinkinderkomitee insbesondere von Schwei-  
ster Caroline von Dinhausen angesammelter Reubausfonds  
ist zum größten Teil der Inflation zum Opfer gefallen.  
Ein von Privatier Knodel gestifteter Bauplatz und die Kap-  
italaufwertungsreste bildeten nun den Baugrundstod. 1927  
entschloß sich die evangelische Kirchengemeinde zu einem  
Neubau an der Hofstraße, wozu die Stadtgemeinde einen  
baren Baubetrag von 20 000 M. gab. Dafür bekam sie  
die bisherigen Wohn- und Schulräume zur freien Verfü-  
gung.

Durch die Freigabe des städt. Präparandenanstalts-  
gebäudes seitens des evang. Lehrerseminars konnte die seit  
Jahren erstrebte Landwirtschaftsschule im Jahre 1926 er-

richtet werden. Nach einigen Jahren verlangte das Semi-  
nar die Präparandenanstalt wieder zurück und die Amis-  
törperschaft war gezwungen, ein eigenes Schulgebäude zu  
erwerben. Heute wird die Präparandenanstalt vom Staat  
wieder der Stadt zur Verfügung gestellt. Derzeit werden  
nun Pläne geprüft, die bezwecken, die Real- und Latein-  
schule ganz u. allein im Anabenschulgebäude u. die Seminar-  
übungsschule in den bisherigen Räumen der Präparanden-  
anstalt unterzubringen.

Das Jahr 1932 war, wie schon so manches Jahr in  
der Geschichte der Stadt ein Katastrophenjahr. Am 16. Mai  
1932 suchte ein im Gäu gefallener Wolkenebruch das Kreuz-  
tal und das Rätenbachtal wie 1927 schwer heim. Der  
Kreuzertalbach war innerhalb der Stadt ja inzwischen kan-  
alisiert und die Kanalisation hätte ihren Zweck ja voll-  
kommen erfüllt, wenn nicht der Rechen vor dem Einlauf-  
bauwerk verjagt hätte. Die Anlieger kamen schwer in Scha-  
den, sind aber einigermaßen entschädigt worden. Die Ver-  
besserungen an dem Rechen innerhalb und außerhalb des  
Durchlasses werden nach diesen Erfahrungen hoffentlich nun  
so vollkommen gemacht, daß sie sich als ausreichend für  
künftige Hochwasser erweisen mögen.

Ihren guten Ruf hat die Stadt durch die Bezirks-  
gewerbeausstellung ins Land hinausgetragen, die inner-  
halb zwei Wochen von rund 20 000 Personen besucht wurde.  
Ein glänzender Erfolg für den Wagemut des Gewerbever-  
ein u. der beteiligten Kreise. Ferner ist aus unserer Stadt-  
kapelle unter der rührigen Leitung des Kapellmeisters R o m e r  
e i s ch etwas Tüchtiges geworden, worüber alle Magolder  
sich freuen. Aber auch sonst wird Musik und Gesang  
sowie Turnen und Sport in den Vereinen und Schulen  
kräftig gepflegt. Auch eine Sanitätskolonne ist dank den  
Bemühungen des Roten Kreuzes zustande gekommen, so  
daß die Einrichtungen der Stadt immer vollkommener wer-  
den.

VI. Ausblick.

Wir haben in Vorstehendem aus der Fülle kommunaler  
Tätigkeit nur die wichtigsten Änderungen und Neu-  
erungen eines kurzen Zeitabschnitts behandelt. Die Stadt  
hat aus früheren Zeiten nachgeholt und ist, was man heute  
wohl sagen darf, ihrer Aufgabe als Bezirksstadt weitge-  
hend gerecht geworden. Dabei hat sie sich in ihren finan-  
ziellen Mitteln nicht übernommen und kann zuversichtlich  
in die Zukunft schauen, soweit in der heutigen Notzeit eine  
Prognose gestellt werden kann. Jedenfalls muß Gemein-  
derat und Stadtverwaltung auch weiterhin alles daran setzen,  
um das hohe Gut des Selbstverwaltungsrechts, das unsere  
Vorfahren uns erkämpft und überliefert haben und das  
durch einen überstiegenen Zentralismus in Reich und Staat  
(Steuer- und Fürsorgewesen, Besoldungswesen usw.) ohne-  
hin schon stark beschränkt ist, nicht durch Eingriffe und Dil-  
tate der Aufsichtsbehörden, wie dies in einer Anzahl von  
Gemeinden bereits der Fall ist nicht vollends ganz zu verlie-  
ren. Es wird aller Umst. u. wirtschaftl. Sparbarkeit auf  
lange hinaus bedürfen, um diese Wirtschafts- und Defla-  
tionsschiffe ohne unheilbare Schäden für das Ganze zu über-  
winden und zu geordneten Dauerzuständen zu kommen.  
Die größten Anforderungen wird die Liquidierung dieser  
Krisis in den nächsten Jahren an die Gemeinden stellen.  
Und es gilt mehr als je, auf dem Posten zu sein und die  
Augen offen zu halten, um im geeigneten Augenblick zu-  
zugreifen, das ja oft das Geheimnis des Erfolges ist. Die  
Stadt als solche kann aber auf sich allein gestellt nicht alles  
vollbringen, es hängt auch sehr viel von der Einstellung  
und dem wirtschaftlichen Handeln jedes einzelnen Ein-  
wohners ab. Eine gute Verwaltung und eine tüchtige Bür-  
gerschaft müssen sich gegenseitig ergänzen und befruchten.  
Über aber dem allem muß als Primat alles Volks-, Ge-  
meinde- und Familienleben eine gute Finanz- und Wirt-  
schaftspolitik in Reich und Staat sein! Dann dürfen wir  
zuversichtlich hoffen, die furchtbare Zeit mit Gottes Hilfe zu  
überwinden.

Dieser allgemeine Verwaltungsbericht würde kein voll-  
ständiges Bild über die umfassende Einzelarbeit in der  
Stadtverwaltung geben. Unsere städt. Ämter haben aber  
ihre große monatliche Resportarbeit das ganze Jahr hind-  
durch besondere Geschäftsberichte erstattet, die wir nach-  
stehend veröffentlichen.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne  
dem Gemeinderat für seine sachlichen vom Wohl der Stadt  
diktierten Beratungen und Beschlüsse und den städt. Be-  
amten (den früh u. heutigen) den Angestellten u. Arbeitern  
für ihre unermüdete und treue Mitarbeit, ohne die das  
hätte nicht geleistet werden können, was im letzten Jahr  
und in der ganzen 20jährigen Berichtsperiode geschehen  
ist, — den herzlichsten Dank zu sagen!

Geschäftsbericht des Bürgermeistersamts

Wenn man das Kalenderjahr 1932 mit der Vorkriegs-  
zeit vergleicht, so muß man sagen, daß auch in diesem Jahre,  
wie in den meisten der letzten 20 der Geschäftsanstalt sehr  
von der Mißgunst der Zeit beinflusst war. Nur 2 Jahre  
seit 1912 gehörten der guten Vorkriegszeit an. Der Krieg  
erforderte für die Verwaltung, hauptsächlich zur Sicherung  
der Ernährung von Heer und Zivilbevölkerung außerordent-  
lich viele Maßnahmen, die nur durch Einstellung von  
Hilfskräften durchgeführt werden konnten. Gläubte man  
mit Beendigung der Inflation für die Verwaltung eine  
neue ruhiger Zeit erhoffen zu können, so hatte man sich  
getäuscht, setzte doch bald die Arbeitslosigkeit ein.

Es ist deshalb geboten, gerade das Gebiet der Wohl-  
fahrtspflege in weiterem Sinne allen anderen Gebieten  
voranzustellen.

Zu Beginn des Jahres 1933 hatten wir in Magold  
31 männliche, 28 weibliche Arbeitslosenunterstützungs-  
empfänger, 17 bez. 10 Kr.-M.-Empfänger. Für diese Arbeits-  
losen zul. 86 Pers. bezahlte die Arbeitslosenversicherung  
die Unterstüngen. Außer diesen Erwerbslosen hat die  
Stadt ferner noch 33 Wohlfahrtsarbeitslose, die aus Reichs-  
mitteln eine Unterstützung überhaupt nicht mehr erhalten,  
wenn auch die Stadtgemeinde für dieselben einen kleinen  
Zuschuß erhält. Von diesen sind 10 als Notstandsarbeiter,  
und 3 als Fürsorgearbeiter beschäftigt. Die Gesamtzahl der  
bei der Stadt beschäftigten Notstandsarbeiter beträgt 55.

Zur Beschäftigung der Jugendlichen unter 25 Jahren  
ist je ein Arbeitsdienstag für männliche mit 70 und für  
weibliche mit 20 Personen errichtet. Für die Arbeitslosen  
sind täglich zahlreiche Fragebogen zu ergänzen und nachzu-  
prüfen. Hierauf sind die vom Arbeitsamt behandelten An-  
träge vom Bürgermeistersamt und Bezirkswohlfahrtsamt  
nochmals darauf zu prüfen, ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt.

Oft reicht die Mu. oder Kr. nicht aus, um den betr. Fa-  
milien den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Des-  
halb mußten im Kal.-Jahr 1932 für eine ganze Reihe von  
Personen zusätzl. Unterstützungs-Anträge aufgenommen  
werden. Wäre die Stadt nicht bestrebt, durch Notstands-  
arbeiten Arbeit zu schaffen, so müßten viele Barunter-  
stützungen gewährt werden.

Die Zahl der Renten- und Fürsorgeempfänger ist auch  
sehr von Interesse. So hatten wir im Dezember hier fol-  
gende Rentner mit nachstehenden Monatsrentenbeträgen:  
190 Invaliden-Rentner 4870 M.  
37 Unfall-Rentner 1146 M.  
18 Waisenrentner 360 M.  
31 Witwen-Rentner 397 M.  
100 Militär- und Hinterbliebenen-Rentner 3703 M.  
42 Jahar-Rentner hjezu 905 M.  
22 Sozial-Rentner 303 M.  
19 Klein-Rentner 437 M.  
15 Minderj. Fürsorge-Empfänger 304 M.  
7 Kranken-Rentner 160 M.  
3 sonstige Rentner 52 M.  
9 Ortsfürsorge-Empfänger (Arme) 151 M.

413 Renten für 373 Personen mit zusammen 12 788 M.  
jährlich rd. 153 000 M.

Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so kommt  
man zu dem Ergebnis, daß etwa 1/4 der gesamten Bevöl-  
kerung von den sozialen Einrichtungen erfaßt wird. Die  
oben genannten Renten werden alle mit Ausnahme der 9  
Orts-Unterst.-Empfänger, der Zukunftsrentner und der So-  
zial-Kleinrentner und minderj. Fürsorge-Empfänger von  
anderen Rassen ausbezahlt, jedoch hat auch das Bürgermei-  
steramt durch Beglaubigung der Rentenquittungen usw.  
mitzuwirken.

Ein weiterer Zweig der Fürsorge nimmt seit einigen  
Jahren die Arbeitskraft des Amtes immer mehr in An-  
spruch; die Betreuung der obdachlosen Wanderer. Es er-  
gibt sich folgendes Bild:

|      | Zahl der im Obdachlosen-<br>heim untergebrachten | Zahl der kranken<br>Wanderer |
|------|--|------------------------------|
| 1913 | 2250 Pers.                                       | 50 Pers.                     |
| 1924 | 3040 Pers.                                       | 64 Pers.                     |
| 1931 | 4678 Pers.                                       | 300 Pers.                    |
| 1932 | 4968 Pers.                                       | 444 Pers.                    |

Hier fällt auf die gewaltige Steigerung der Zahl der  
Obdachlosen, und besonders aber der kranken, im Bezirks-  
krankenhaus und Spital verpflegten Wanderer. Haupt-  
sächlich die Behandlung der Kranken erfordert ein Maß von  
Arbeit, das eine weitere Steigerung nicht mehr erlauben  
darf. Die entstehenden Kosten müssen pünktlich innerhalb  
3 Monaten beim Landes-Fürsorgeverband zum Erfah an-  
gemeldet werden. In 2 Fällen mußten Klagen mit Badi-  
schen Fürsorgeverbänden durchgeführt werden. Wichtig ist,  
zu erwähnen, daß die Stadt an den Kosten des Obdach-  
losenheims 1/2 selbst zu bezahlen hat. Auch Schube müssen  
auf Rechnung der Landesfürsorgebehörde an Wanderer ab-  
gegeben werden.

Einen weiteren Einblick in das Gebiet der Sozial-  
versicherung geben folgende Zahlen.

| Jahr | Zahl der Quittungsarten |            |            | Renten<br>antr. | Unf-<br>Anz. |
|------|-------------------------|------------|------------|-----------------|--------------|
|      | Ins.-Vers.              | Ang.-Vers. | Ins.-Vers. |                 |              |
| 1913 | 906                     | —          | 110 Pers.  | —               | 21           |
| 1924 | 866                     | 26         | 260 Pers.  | —               | 21           |
| 1931 | 1079                    | 94         | 187 Pers.  | 58              | 37           |
| 1932 | 1016                    | 75         | 168 Pers.  | 33              | 60           |

Die weitere Tätigkeit des Bürgermeistersamts wird  
bestimmt durch zahlreiche, alljährlich wiederkehrende Ge-  
schäfte, in erster Linie durch die verschiedenen Umlagen.  
In den Frühjahrsmonaten müssen die jährlichen Verände-  
rungen an Gebäuden und sonstigen Grundflächen in die  
Land-Verz. aufgenommen und mit den persönlichen Ver-  
änderungen in den Steuerjahrprotokollen und Steuerbüchern  
nachgeführt werden. Diese Geschäfte erforderten 1932 durch  
die Vereinnahmung der großen Feldbereinigung IV (Eis-  
berg) die vorübergehende Einstellung einer Hilfskraft. Bei  
den Gebäuden mußten 1932 87, bei den Grundflächen ca.  
1700 Veränderungen berücksichtigt werden. Mit der Um-  
lage für Staat und Gemeinde muß auch die Umlage zur  
landw. Berufsgenossenschaft und zur Landw.-Kammer ge-  
leistet werden. — Die Veranlagung der Gebäudeentw-  
stungssteuer gestaltet sich immer sehr schwierig. Eine im-  
mer größer werdende Zahl von Nachlaggesuchen gehen  
wegen dieser Steuer ein. Die Kirchensteuer wird ebenfalls  
vom Bürgermeistersamt freiwillig veranlagt. — Mit der  
Einführung der Bürgersteuer ist dem Amte eine neue große  
Aufgabe zugewachsen. Zu erwähnen ist ferner noch die auf  
1. Januar zu fertigende Brandschadensumlage, ferner die  
Vergnügungssteuer, die Handwerkskammerumlage und die  
Feuerwehrlage.

Auf dem Gebiet der Reichsteuern erlittet sich die Tä-  
tigkeit des Bürgermeistersamts auf die Ausstellung der  
Steuerarten 1932 939 Stück und auf die Ausfüllung der  
Einkommensnachweisungen. Auf 10. Oktober 1932 mußte  
ferner eine Personenstandsaufnahme durchgeführt werden.  
Auch die auf 10. Oktober 1932 ergänzte Ramenstarkei des  
Finanzamts ist noch zu erwähnen, ebenso auch die Aus-  
stoßerteilung aus der Offenlegungsliste der Einheits-  
werte.

Bauwesen: An Baugesuchen sind zu behandeln ge-  
wesen

1913: 70, 1924 41, 1931 36, 1932 39. Die Neubau-  
tätigkeit ist im letzten Jahr nicht groß gewesen. Es wurden  
nur drei Neubaugeluche behandelt. In den vorhergehenden  
Jahren war dies besser, so daß heute in Magold keine Woh-  
nungsnot mehr besteht. — Durch die Notstandsmaßnah-  
men der Reichsregierung auf dem Gebiet der Wohnungs-  
instandsetzungen mußten hier 48 Beihilfegeluche entgegen-  
genommen werden.

Gesundheitsfürsorge.

Die Berechnung des Wasserinses erfolgt in vierteljähr-  
lichen Zeitabschnitten durch das Bürgermeistersamt. Damit  
verbunden wird die Berechnung der Müllabfuhrgebühren.  
Zahl der Wasserzinspflichtigen rund 670, Müllabfuhrgebüh-  
renpflichtigen rd. 610, Zahl der Anschlüsse an die Wasserlei-  
tung ca. 600.

Für die alljährlich wiederkehrende Impfung sind für  
die Erstimpflinge die Verzeichnisse anzulegen, und für sämt-  
liche Impflinge die Impfscheine auszufüllen.

An Anzeigen von ansteckenden Krankheiten sind ein-  
gegangen 1925 16, 1928 50, 1931, 21.  
Wegen minderwertigem oder unbrauchbarem Fleisch  
wurde beim Bürgermeistersamt Anzeige erstattet: 1924 in



18 Fällen, 1931 in 28 1932 in 33 Fällen. Größere Vieh-  
schunden sind in den letzten Jahren nicht vorgekommen.

**Gewerbe, Handel und Verkehr.**

Auf diesem Gebiet müssen für das Gewerbe- und Han-  
delsaufsichtsamt alljährlich Betriebsverzeichnisse fortgeführt  
werden. Ferner findet jedes Jahr eine Erhebung über die  
Zahl der Arbeitnehmer in den Betrieben statt.

Seit 1928 ist der Ortsvorsteher Vorsitzender des Innungs-  
Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten. Es sind angefallen  
1928 2, 1930 4, 1931 8, 1932 7 Fälle.

In Jahre 1932 fanden 3 Krämermärkte, 8 Vieh-  
und Schweinermärkte und 53 Fruchtmärkte statt. Ueber des-  
sen Ergebnisse sowie über die Lebensmittel- und Getreide-  
preise ist allmonatlich dem Stat. Landesamt ein Bericht  
zu erstatten.

**Der Fremdenverkehr zeigt folgende Entwicklung.**

|      | Betten                | Kurgäste              | Passanten | Ueberrnachtungen |
|------|-----------------------|-----------------------|-----------|------------------|
|      |                       | Kurgäste u. Passanten |           |                  |
| 1923 | 117                   | 515                   | 7828      | 1545             |
| 1924 | 109                   | 70                    | 3855      | 650              |
| 1930 | 155                   | 156                   | 4162      | 1519             |
| 1931 | 170                   | 112                   | 4423      | 1724             |
| 1932 | noch nicht ermittelt. |                       |           |                  |

**Rechtspflege:**

An das Grundbuchamt wurden folgende Verträge  
abgegeben:  
1913: 135, 1924 37, 1928 180, 1931 81, 1932 43.

**Standesamtsweien.**

| Jahr d. Geburten | Eheschließung. | ausgeh. Aufg. | Sterbef. |
|------------------|----------------|---------------|----------|
| 1913             | 79             | 28            | 47       |
| 1918             | 35             | 16            | 20       |
| 1924             | 91             | 15            | 34       |
| 1931             | 109            | 25            | 48       |
| 1932             | 98             | 24            | 44       |

Bei den Geburten und Sterbefällen sind die Auswärtigen  
im Bezirkskrankenhaus inbegriffen, 1918 die Gefallen-  
enen:

Jahr der Kirchenaustritte 1924 7, 1930 0, 1931 11,  
1932 10.

**Gemeindegericht:**

|      | Erl. Zahlungsbes. | Verhandlg. | angefall. Sachen |
|------|-------------------|------------|------------------|
| 1913 | 49                | 17         |                  |
| 1924 | 33                | 3          | 25               |
| 1931 | 69                | 3          | 36               |
| 1932 | 68                | 11         | 7                |

**Jundbüro:**

|      | Erl. Zahlungsbes. | Verhandlg. | angefall. Sachen |
|------|-------------------|------------|------------------|
| 1913 | 49                | 17         |                  |
| 1924 | 33                | 3          | 25               |
| 1931 | 69                | 3          | 36               |
| 1932 | 68                | 11         | 7                |

**Tätigkeit der Ortspolizei im engeren Sinne:**

**Strafrechtspflege:**

| allg. Straftat | Straf. wegen Ungehorsam u. and. Beh. weiter- Angehör. | Anz. die an Angeh. gegeben wurden | Sühnever- suchte |
|----------------|---|-----------------------------------|------------------|
| 1913           | 245   |                                   | 28               |
| 1924           | 331   |                                   | 21               |
| 1931           | 164   | 3                                 | 6                |
| 1932           | 115   | 1                                 | 10               |

Die Strafverfügungen wegen Falschleistungsbereitungen  
haben stark abgenommen.

Das für umfangreiche polizeiliche Meldeweisen und die  
Führung der Einwohnermeldefarcei kann ebenfalls hier-  
her gerechnet werden.

**Statistiken.**

Jährliche Felderabblümmungsübersicht. — Viehzählung  
auf 1. Dezember 1932, sowie mehrere Schweinezählungen.  
— Ublieferungsverhältnisse. — Monatliche Statistik der  
Wohlfahrtsverbände. — Fremdenverkehrsstatistik.

Im Januar-Februar 1932 wurde bei der Stadtpflege  
ein unermittelter Kassensturz mit Nachrechnung, im März  
ein solcher ohne Nachrechnung vorgenommen.

**Wahlen und politische Polizei.**

Im Jahre 1932 wurden folgende Wahlen durchgeführt:  
2 Reichspräsidentenwahlen am 13. März und 10. April,  
2 Reichstagswahlen am 31. Juli und 6. November, 1 Land-  
tagswahl am 24. April 1932.

Durch die Ueberwachung und die Anmeldepflicht der  
öffentl. Versammlungen und Umzüge, sind dem Amt und  
der Polizei neue Aufgaben erwachsen. Bis Juni 1932 mußten  
sämtliche Flugblätter der pol. Parteien vor der Verteilung  
vorgelegt werden.

Neben diesen größeren Arbeiten fallen noch eine große  
Anzahl kleinerer Geschäfte an, die hier im einzelnen nicht  
dargelegt werden, wie z. B. die Beantwortung von An-  
fragen fremder Behörden, von Privaten, Erteilung von  
Auskünften usw.

**Geschäftsbericht der Stadtpflege**

Die überaus rasche und umfangreiche Entwicklung  
des städt. Gemeinwesens im letzten Jahrzehnt, wie sie in  
dem Bericht der Herrn Bürgermeisters aufgezeichnet ist,  
hat begreiflicherweise die Tätigkeit der Stadtpflege in starkem  
Maße beeinflusst. Keine Aufgabe konnte ohne Bereit-  
stellung der erforderl. Mittel durchgeführt werden. Die Ver-  
schiedenartigkeit der gelösten Probleme hat natürlicherweise  
den Geschäftskreis der Stadtpflege vielfachgestaltiger gemacht  
und stellt an die Wachsamkeit und Umsicht erhebliche An-  
forderungen. Wie viel einfacher mag es doch in Vorkriegs-  
jahren mit den fetten Verhältnissen gewesen sein. Drei  
Faktoren bestimmen im Wesentlichen den Geschäftsgang  
der Stadtpflege, getragen von dem Schreckensgeist der  
Not:

- 1) Die anhaltende Zuweisung neuer Aufgaben, vornehmlich im Einzugswesen.
- 2) Die Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiet des Fürsorgewesens im Zusammenhang mit den seit Jahren geforderten Kostandsarbeiten und neuerdings die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes.
- 3) Die durch die fatale Wirtschaftslage immer häufiger werdenden Schwierigkeiten im Geldeingang, ergänzt durch einen manchmal schlechten Zahlungswillen.

Die Neueinführung der Bürgersteuer im Rechnungsjahr  
1931 hat auch für die Einzugsstelle im verflochtenen Jahre  
große Schwierigkeiten gebracht. Rascher hat sich die ab  
1. Oktober 1932 durch die Stadtpflege zu verwaltende  
Fleischsteuer eingeführt. Eine mühsame Kleinarbeit haben  
die Steuergutscheine gebracht.

Die Kostandsarbeiten und der freiw. Arbeitsdienst  
verursachen großen Zeitaufwand, besonders der letztere,  
da die Berechnung der gesamten Kosten durch die Stadtpflege  
erfolgt. Den Umfang des übrigen Fürsorgewesens vermag  
man bei einem Vergleich der Fürsorge-Einsatzahlen  
1912 und 1932 leicht zu erkennen.

Zunächst an die Armenkasse: 1913 = 2300 M., und  
1932 = 33100 M. Hierzu muß noch bemerkt werden, daß  
gerade die hier durchgeführte individuelle Behandlung der  
Fürsorgefälle ein erhebliches Maß von Mehrarbeit bringt.  
Die in großem Umfang gewachsene Wanderer-Fürsorge muß  
hier ebenfalls Erwähnung finden.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit und der fortjähren-  
tende Rückgang der Wirtschaft äußert sich langsam aber  
sicher bei der Stadtpflege. Glücklicherweise überwiegt noch die  
Zahl derer, welche ihren Verpflichtungen ordnungsmäßig  
nachkommen. Eine allerdings nicht kleine Zahl von  
Schuldnern bereitet uns jedoch fortwährend erhebliche  
Schwierigkeiten. Die Stadtpflege ist bestrebt, den Zeitver-  
hältnissen weitgehend und insofern es sich mit einer  
ordentlichen Wirtschaftsführung vereinbaren läßt, Nach-  
zahlung zu tragen. Es will oft nicht verstanden werden, wenn  
unliebsame Maßnahmen als unumgänglich notwendig er-  
griffen werden müssen, da das passive Verhalten des Schuld-  
ners unbedingt dazu zwingt. Eine individuelle Behand-  
lung ist bei der Vielzahl von Schuldnern nur mehr in be-  
schränktem Maße möglich, so daß Maßnahmen auch solche  
erreichen können, welche im allgemeinen zu den Gutgewill-  
ten zu zählen sind. So ist das Mahnwesen zu einem Kap-  
itel geworden, welches fast eine ganze Arbeitskraft er-  
fordert. Manches ließe sich vermeiden, wenn die Schuldner  
rechtzeitig auf der Stadtpflege erscheinen und einen Zah-  
lungsplan erklären würden.

In nachstehendem soll noch an einigen Zahlen kurz  
ein Vergleich zwischen Einst und Jetzt gezeigt werden. Es  
betrug der Gesamtumfang bei der Stadtpflege einschließlich  
Waldkasse und Armenpflege im Rechnungsjahre 1912 =  
699 221 M., im Rechnungsjahre 1931 = 1 858 000 M.  
Ein Beweis für den unendlich schweren Geldeingang zeigt ein  
Vergleich des Ausst.-Verzeichnisses des Rechn.-Jahres 1912  
mit 131 M. Ausständen u. das R.-Jahr 1930 mit 21 000 M.  
Die Mieten waren im Jahre 1912 noch ziemlich klein bei-  
einander. Das Mietzinsregister von 1912 weist 25 Einträge  
auf mit einem Ergebnis von 3858 M., während es im  
Rechn.-Jahr 1930 zusammen 68 Einträge mit einem Miet-  
ertrag von 21 737 M. waren. — Pachtzinsentnahmen von  
1912 = 1000 M., 1930 = 2751 M. — Steinbruch-Mate-  
rial wurde im Jahre 1912 für nur 676 M. abgesetzt. Das  
Register zählt nur 16 Einträge, 1931 dagegen 1162 und  
26 018 M. Erlöse. — Die vielen kleinen Buchungen ha-  
ben eine große Geschäftszunahme gebracht.

Eine Erweiterung der Verwaltung hat der Ausbau  
der Latein- und Realschule und der Gewerbeschule gebracht.  
Der Ertrag des Schulgelds gibt hierüber deutlichen Auf-  
schluß:

|                       | 1912     | 1930      |
|-----------------------|----------|-----------|
| Latein- u. Realschule | 2 400 M. | 11 394 M. |
| Gewerbeschule         | 429 M.   | 3 329 M.  |

Bezüglich ist es mit dem Aufwand für die Unterhal-  
tung der Straßen und Dolen. Solcher betrug z. B. im  
Jahre 1912 = 22 627 M., und 1930 = 59 527 M.

Einen weiteren Raum nimmt auch die Anfertigung von  
Statistiken ein; besonders zu erwähnen wäre hier die  
alljährlich wiederkehrende Finanzstatistik und Fürsorge-  
statistik. Erstere erfordert in ihrem Ausmaß jedesmal einen  
Zeitaufwand von 3-4 Wochen. Die Zins- und Kassen-  
rechnung im Vorjahr und die verschiedenen Gehaltsentlastungen  
sowie die Berechnung der geschätzten Steuerertragsquoten  
haben wesentliche Mehrarbeit gebracht. Im Jahre 1931  
wurden 1155 Zahlungsbefehle erlassen. Davon mußten viele  
bis zur Zwangsvollstreckung durchgeführt und 351 Fälle  
dem Gerichtsvollzieher überantwortet werden. Die Zahl  
der Buchungen beträgt insgesamt 74 000.

**Geschäftsbericht des Stadtbauamts**

In den ersten Geschäftsbericht des Stadtbauamts  
müssen notwendigerweise auch Rückblicke auf weitere zu-  
rückliegende Jahre eingeflochten werden. Die meisten Zweige  
des Arbeitsbereichs haben durch das Wachstum der Stadt,  
wie der Ausbau des Wasserwerks und die Erweiterung des  
Rechnetzes der Wasserzuleitung; der Ausbau des Stra-  
ßennetzes eine Erweiterung erfahren. Hierzu gehören im  
erster Linie die Verbesserung des Kanals und Waldach-  
laufes, des Kreuztalbaches, Waldwegbauten, die Förderung  
des Siedlungswezens, der Ausbau des Dolennetzes, der Bau  
der Kläranlage, die Einrichtung des Steindruckes, und zu-  
letzt auch die Einrichtung des freiw. Arbeitsdienstes. Neben-  
bei haben alle diese Arbeiten, voran die Verbesserung  
der Kanals und Waldach, ganz erhebliche Vorteile für die  
wirtschaftliche und kulturelle Förderung der Stadt mit sich  
gebracht und üben einen nachhaltigen Einfluß auf ihre  
fernere Entwicklung aus.

Die ersten Monate des laufenden Jahres waren aus-  
gefüllt mit der Fortführung und Beendigung der im vor-  
genen Jahr begonnenen Kostandsarbeiten zum Bau einer  
Kläranlage und dem Ausbau des Dolennetzes. Die Klär-  
anlage selbst wurde Mitte Januar in Betrieb genommen,  
dagegen dauerten die anderen Arbeiten noch bis ins späte  
Frühjahr hinein an. Mit diesen Arbeiten wurde das Do-  
lennetz um ein wesentliches Teil erweitert und es sind  
jetzt nur noch einige Stränge dringlich. Bei den Kostands-  
arbeiten waren durchschnittlich 45 Mann vom Herbst bis  
Frühjahr beschäftigt. In diesem Zusammenhang ist von  
Interesse, daß bis zum Jahre 1912 2700 Meter Dolen in  
Betrieb waren. In der Zeit von 1912 bis zur Kanaldirek-  
tion wurden 2900 Meter Dolen gebaut. Während der  
Kanals- und Waldachverbesserung, welche erst die richtige  
Vorrichtung schuf, wurden 1305 Meter ausgeführt. Seit-  
her sind noch 2975 Meter gebaut worden, während wir heute  
das ansehnliche Dolennetz von 9800 Meter, also rund 10  
Kilometer haben.

Im Rahmen der Kostandsarbeiten für den Bau der  
Kläranlage ist auch das gesamte Dolennetz einer General-  
reinigung unterzogen worden. Außerdem wurden einige  
Dohlen zusammenbrüche festgestellt und behoben. Hand in  
Hand mit der gründlichen Reinigung wurde das Dolennetz  
für den Betrieb der Schwemmanalysation instandgesetzt.  
Leider hatten wir das Mißgeschick, daß die kaum gereinig-  
ten Dohlen durch die Katastrophe im Mai ds. Js. und  
später durch einen wolkenbruchartigen Regen zum zweiten-  
mal erneut verunreinigt wurden. Eine der besonders gefäh-  
rlichen Dolen in der unteren Calwerstraße ist inzwischen  
herausgenommen und durch einen weiten Beton-Kanal er-  
setzt worden, der jetzt leichter zu reinigen ist.

Die vorgenannten Arbeiten waren noch lange nicht  
abgeschlossen, als schon die Vorarbeiten für den Bau des  
Schwimmbades in Angriff genommen werden mußten.

Jetzt, nachdem das Bad fertig ist, steht man es dem  
einfachen Gebilde wirklich nicht mehr an, welsch eine Fülle  
von Einzelheiten und Fragen in bezug auf konstruktive

Ausbildung und Wahl des Materials zu entscheiden und  
zu bearbeiten waren. Insbesondere mußte bei der konstruk-  
tiven Durchbildung auch die Ausführung durch ungelernete  
Arbeitskräfte berücksichtigt werden.

Tagsüber, vom Januar bis zum Herbst auf dem Bau-  
platz festgehalten, mußten alle unaufschiebbaren Verwal-  
tungsarbeiten, wie die Arbeiten des Ortsbauwehrters,  
Rechnungsprüfung, der schriftliche Verkehr, die Berechnung  
der Dolenbeiträge usw.; dann die Lohnbuchhaltung für die  
zahlreichen städt. Kostandsarbeiter, die An- und Abmel-  
dungen zur Krankenkasse, die Lohnnachweise, die Unfall-  
meldungen, die Kostennachweise für Staatsbeiträge usw.,  
die Arbeitsbescheinigungen, dann das Eintragen und Kon-  
trollieren der Lieferungen aus dem Steinbruch, das Aus-  
stellen der Rechnungen für diese Lieferungen u. a. m. in  
den Abendstunden befolgt werden. Da diese Zeit aber trotz-  
dem nicht zur Bewältigung dieser Arbeiten ausreichte, so  
wurde eine Hilfskraft angelernt.

Es waren im laufenden Jahre 36 Baugesuche zu be-  
arbeiten (1931 ebenfalls 36). Zur Bauberatung wurde  
das Amt neben der Beratung der evang. Kirchengemeinde  
von Privaten ausgiebig in Anspruch genommen. 664 Rech-  
nungen waren nachzurechnen und zu prüfen, (1931: 915;  
1912: 426). Die Berechnung der Dolenbeiträge konnte erst  
im Spätherbst vorgenommen werden.

**Die Lohnbuchhaltung umfaßt:**

| (1912) | (1931) | (1932) |                          |
|--------|--------|--------|--------------------------|
| 132    | 987    | 735    | Lohnberechnungen         |
| 52     | 88     | 85     | Jahrlohnberechnungen     |
| 35     | 142    | 77     | Krankenkassenanmeldungen |
| —      | 142    | 96     | Krankenkassenabmeldungen |
| —      | 987    | 735    | Lohnbuchhaltungen        |
| —      | 142    | 96     | Arbeitsbescheinigungen.  |

Zur Beteiligung an der Oberfeuerwehr blieb keine  
Zeit übrig. Sie mußte einem Gemeinderatsmitglied über-  
tragen werden.

Die Baukontrollen mußten von dringenden Fällen ab-  
gesehen bis heute aufgeschoben werden.

Der Steinbruch „Mittler Bergle“ war in die Kos-  
tandsarbeit zum Bau der Sammelkläranlage mit einbe-  
zogen. Der Absatz hat sich gegenüber 1928 vervielfacht und gegen  
1912 verdreifacht.

Im laufenden Jahre (8 Monate) wurden 1306 Liefer-  
scheine eingetragen und berechnet. Im Jahre 1931 waren  
es 1162, 1928: 165 und 1912 nur einige Lieferheine. Der  
Steinbruch hat natürlich auch eine entsprechende Mehr-  
arbeit für das Amt mit sich gebracht. Auf dem Stadtbau-  
amt wurden die Lieferheine eingetragen und die Rech-  
nungen ausgestellt.

An größeren Arbeiten ist noch die Teerung der Orts-  
Etterstaats- und Nachbarschaftsstraßen zu nennen, insge-  
samt ohne die Nachbarschaftsstraßen 31 000 qm. Die Unter-  
haltung dieser Straßen wird erschwert und verteuert, da-  
durch, daß die meisten städt. Straßen entweder gar keine  
Vorlage haben, oder diese durch wiederholtes Bewalzen  
allmählich eine so dicke Ueberbedeckung bekommen hat, daß  
sie praktisch wirkungslos wurde. Die Straßenunterhaltung  
und Reinigung erfolgte größtenteils mit Wanderern und  
Fürsorgearbeitern. — Die Gesamtlänge der besetzten  
Ortsstraßen einschließlich der Uferwege beträgt heute 13 035  
Meter. Seit 1912 wurden 3705 Meter gebaut.

Die Müllabfuhr, vor 2 Jahren eingeführt, erfreut  
sich eines regen Zuspruchs und zeigt die Stadt ein Bild  
größerer Reinlichkeit.

Die Wollenbrüche haben heuer an den Straßen, ins-  
besondere aber auch an den Feldwegen großen Schaden an-  
gerichtet und einen erheblichen Aufwand an Löhnen und  
Fuhrlöhnen erfordert.

Neben den laufenden Unterhaltungen an der Wasser-  
leitung und deren Zubehör wurde heuer die Rohrreinigung  
fortgesetzt und ist zurzeit noch im Gange. Neben den Ab-  
lagerungen wurden auch größere Verstopfungen und son-  
stige Unregelmäßigkeiten vorgefunden und beseitigt. Die  
gereinigten Leitungen sind nun wieder für längere Zeit  
leistungsfähig. — In der Saiterbaderstraße wurde die  
Niederdruckleitung mittels Schieber mit der Hochdruck-  
leitung verbunden, so daß in Brandfällen auch in dieser  
Straße Hochdruck verwendet werden kann.

Am Wasserwerk im Schwandorfer Tal wurden neben den  
Unterhaltungsarbeiten noch Anstricharbeiten an Gebäu-  
de und der Wehrkonstruktion- und größere Ausbesser-  
ungen am Wehr selbst vorgenommen. Die Pfasterung des  
Wehrabsturzes wurde durch ein Hochwasser weggerissen,  
was außerdem große Ausfaltungen dicht unterhalb des  
Wehres zur Folge hatte.

Der Wasserverbrauch beträgt pro Kopf und Tag im  
Januar 1932 160 Ltr., Februar 189, März 212, April 169,  
Mai 196, Juni 191, Juli 191, August 220, September 169,  
Oktober 178, November 152 Liter.

An den Gebäuden der Stadt wurden im Laufe des  
Sommers und Herbstes nur kleinere Reparaturen vorge-  
nommen. Am Spitalgebäude mußte der schadhafte Wetter-  
giebel erneuert und die Abortanlagen ausgebessert werden.  
An den Ufern der verbesserten Kanals und Waldach  
mußten im Herbst verschiedene Ausbesserungen vorgenom-  
men werden.

Auf dem Friedhof sind hauptsächlich durch Fürsorge-  
arbeiter und Wanderer verschiedene Wege neu hergestellt,  
andere instandgesetzt und zum Teil mit Rasenbanketten  
versehen worden.

Die Kriegergräber wurden in diesem Jahre versuchs-  
weise mit Blumen bepflanzt. Diese Ausschmückung ist sehr  
schön, aber wahrscheinlich auf die Dauer zu teuer. Es muß  
nach einer schmuckhaften Dauerpflanzung gesucht werden.

Die Drechsmaschine ist dieses Jahr stark in Anspruch  
genommen worden. Eine gründliche Ueberholung ist not-  
wendig.

Der Bau des Bades war noch nicht ganz beendet, als  
mit dem Herbst auch schon wieder die Kostandsarbeiten  
eingesetzt. Gleichzeitig wurde ein zweites Arbeitsdien-  
stlager eröffnet.

Durch die Kostandsarbeiten wird zurzeit der Horn-  
grabenweg ausgeführt. Weiter wurde ebenfalls im Wege  
der Kostandsarbeiten mit dem Kohlplattenbergweg begon-  
nen. In Vorbereitung ist die Verbauung des Horngrabens  
und der Umbau der Freudenstädterstraße.

Der freiw. Arbeitsdienst hat zuerst die Klebwege be-  
festigt und einige Arbeiten im Schwimmbad nachgeholt.  
Zurzeit verbessert er die Eisbahn und entfernt das alte  
Seminarbad, um alsbald mit den Arbeiten zur Entwür-  
fung der städt. Wiesen im Schwandorfer- und Neisshäuser  
Tal zu beginnen.

In Vorbereitung ist die Ausschließung des Golgenberg-  
gebietes zu Siedlungszwecken.